





# Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion in Breslau und die Erwerbslosen

Die Erwerbslosigkeit ist in Deutschland zu einer Dauererscheinung geworden. Breslau gehört zu den Städten, die am stärksten unter der Erwerbslosigkeit leiden. Am 30. Juni d. J. entfielen in Breslau auf 1000 Einwohner 48,8 Empfänger von Arbeitslosen- und Familienunterstützung, in Berlin dagegen nur 30, in Hamburg 30,0, in Köln nur die Hälfte, nämlich 24,8, in Leipzig ebenfalls nur 23,8, während Gießen mit 42,5 noch unter Breslau bleibt. Neben den Empfängern von Arbeitslosen- oder Familienunterstützung gibt es noch das große Heer der „Ausgesteuerten“, derjenigen, die ihren Anspruch auf Arbeitslosen- und Familienunterstützung erschöpft haben und nun auf die elende Unterstützung des Wohlfahrtsamtes angewiesen sind.

Zurzeit gibt es in Breslau 8000 Ausgesteuerte. Wie es für Kommunisten selbstverständlich ist, hat die kommunistische Partei und die kommunistische Stadtverordnetenfraktion mit den Erwerbslosen den Kampf um Verbesserung ihrer Lebenslage geführt. In fast allen Erwerbslosenversammlungen sprachen kommunistische Stadtverordnete und andere Genossen, welche die Erwerbslosenfrage im Zusammenhang mit den allgemeinen Fragen des Klassenkampfes behandelten und den Erwerbslosen die Wege zeigten, die aus dem Elend herausführen. Die enge Verbundenheit der Massen der Breslauer Erwerbslosen mit der kommunistischen Partei und der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion kam dadurch zum Ausdruck, daß der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion ein Mitglied des Landeserwerbslosenrates angehört. Dieser Genosse steht wieder an ausschlaggebender Stelle der kommunistischen Kandidatenliste. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion war das Sprachrohr der Massen der Erwerbslosen im Stadtparlament.

Dieser großen Zahl von Erwerbslosen zu helfen, ist die Aufgabe der Kommunisten im verflochtenen Stadtparlament gewesen und wird es auch in Zukunft weiter sein.

Zahlreich waren die Anträge, die von den Kommunisten im Stadtparlament für die Erwerbslosen, für die Notstandsarbeiter, aber auch für die anderen Hilfsbedürftigen der Stadt, wie Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, die allgemeinen Fürsorge-, Sozial- und Kleinrentner gestellt wurden. Die meisten dieser Anträge wurden mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Andere wiederum wurden ebenfalls durch die Änderungsanträge der Sozialdemokraten berart verächtlicht, daß sehr wenig übrig blieb für die Hungernden und Notleidenden.

Die sozialpolitische Reaktion, von den Unternehmern gefordert und von den sozialdemokratischen Laien auf das Bereitwilligste unterstützt, schreitet auch im kommunalen Range vorwärts. Angefangen von dem deutschnationalen Thum, der die sozialen Aufgaben für sozialen Unfug erklärt, über Herrn Karl Wilhelm Wolf von den Demokraten, der fürs Nichts tun von der Stadt ein hohes Gehalt erhält und deswegen die Ausgaben des Wohlfahrtsamtes für zu hoch erklärt, bis zu den Sozialdemokraten, die die kommunistischen Anträge für „Agitationsanträge“ erklären und somit die Notlage der Hilfsbedürftigen leugnen, sind sich alle Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, darüber einig, daß der Etat des Wohlfahrtsamtes abgebaut werden muß. Dabei sind die Rücksicht des Wohlfahrtsamtes im Vergleich zu gleichgroßen und gleich teuren Städten noch zu niedrig. Anträge auf Sonderleistungen, wie Kohlen- und Lebensmittelkarten, wie sie in Berlin und anderen Städten bereits seit dem 1. resp. 15. Oktober bewilligt worden sind, liegen zurzeit noch unerledigt beim Magistrat, obwohl sie bereits vor Wochen von der Stadtverordnetenversammlung genehmigt wurden. Der Antrag der Kommunisten auf eine Winterbeihilfe für alle Hilfsbedürftigen ist in diesem Jahre dank der gütigen Mitwirkung der SPD. gänzlich zu Fall gebracht worden.

Eine der arbeiterfeindlichsten Maßnahmen des Breslauer Magistrats ist die Methode, bei der Aufstellung des Haushaltsplanes die Ansätze des Wohlfahrtsamtes so zu beschneiden, daß sich die Aufstellung eines Nachtrags Etats notwendig macht. Mit diesem Nachtrags Etat werden natürlich Erhöhungen der Preise für Gas, Wasser, Elektrizität und der Steuern verbunden, um damit die Bevölkerung der Stadt Breslau gegen die Forderungen der Erwerbslosen und anderen Hilfsbedürftigen aufzumischen. Diese Methode ist im Jahre 1933 angewandt worden, und auch in diesem Jahre hat es der Magistrat versucht, damit „Stimmung“ gegen den „hohen“ Wohlfahrts Etat zu machen. Dies ist ihm auch zum Teil gelungen. Diese ausgesprochen scharfmacherischen Methoden des bürgerlich-sozial-

demokratischen Magistrats müssen von der werktätigen Bevölkerung durchschaut werden. Es ist durchaus möglich, den Schülern des Wohlfahrtsamtes eine höhere Unterstützung zu gewähren, ohne die Massen der werktätigen Bevölkerung durch ständige Gebühren-erhöhungen auszukübeln.

Eine der arbeiterfeindlichsten Maßnahmen in diesem Jahre war die Einführung der Pflichtarbeit (Nichtfabrikarbeit). Für 20 Pfennig Stundenlohn neben der Unterstützung werden augenblicklich in Breslau mehrere Hundert ausgeleerte Erwerbslose beschäftigt. Wenn es, wie der Dezernent des Wohlfahrtsamtes, Stadtrat T. Ligner, in der letzten Stadtverordnetenversammlung ausführte, in anderen Städten durch diese Pflichtarbeit möglich gewesen ist, große Grünanlagen für die Bevölkerung zu schaffen, so verzichtet die werktätige Bevölkerung Breslaus auf solche Grünanlagen, die auf diese moderne Art der Sklaverei entstanden sind. Es ist von der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion gefordert worden, die Vergütung von Pflichtarbeit einzustellen und dafür nur tariflich bezahlte Notstandsarbeit an die ausgeleerten Erwerbslosen anzumelden. Da für eine ausführliche Besprechung dieses Antrages in der Stadtverordnetenversammlung keine Zeit übrig war, wanderte der Antrag in den Haushaltsausschuß, wo er natürlich erst von der neuen Stadtverordnetenversammlung erledigt werden kann.

Die Arbeitslosigkeit in Breslau wächst weiter von Woche zu Woche. Das Gesetz vom 3. Oktober, das mit den Stimmen der SPD. angenommen wurde, verächtlicht in katastrophaler Weise die jetzt

schon eine Lebensfrage der Massen der Arbeitslosen und Krüppel unterstüht. Der bürgerlich-sozialdemokratische Magistrat hat nichts, um die Erwerbslosigkeit zu verringern. Dafür gibt er Sparsparnisse heraus, in denen Abkloppung der Bauten verlangt wird. Und der Oberbürgermeister, der vor Wochen bereits anhängigste, daß es in Breslau Blut und Leiden geben wird, erklärt abschließend: Wir haben kein Geld. Für Polizei, fürs Stadttheater, für Ständeschulen, für Pfaffen und Religionsunterricht hat er Geld. Kein Geld aber für die Opfer der Rationalisierung und der privatkapitalistischen anarchischen Produktion.

Erwerbslose, Krisenunterstützte, Wohlfahrtsempfänger! Ihr habt die Wahl. Entweder das Kämpfen Schulter an Schulter mit den Betriebskräften, unter Führung der kommunistischen Partei, oder zugrunde gehen. Denkt daran am 17. November. Wählt Liste 6 der kommunistischen Partei. Jede Stimme für die kommunistische Partei ist ein Schlag in das Gesicht der Sippe, die euch verreden lassen will. Jede Stimme für die Liste 6 ist ein Selbst- und Befreiungsakt für die proletarische Revolution!

## An die Erwerbslosen!

Infolge Stoffmangels vor der Wahl am 17. November sind wir außerstande, heute die Erwerbslosenbeilage zu bringen, da wir den Raum dringend zur Veröffentlichung anderer wichtiger politischer Artikel brauchen.

Wir fordern die Erwerbslosen von Schlesien und Oberschlesien auf, in den letzten Tagen vor dem 17. November noch rege für ihre Partei, die R o m m u n i s t e n, zu agitieren und am Sonntag Mann für Mann die Liste 6 in Schlesien und die Liste 3 im Oberschlesien — das sind die Listen der R o m m u n i s t e n — zu wählen.

## Wettbewerb Leuna-Treugolnit

### Der internationale revolutionäre Wettbewerbsvertrag unterzeichnet!

Leninград, 12. November. (Zupretorr.) Im Rahmen einer gewaltigen Massenkundgebung fand gestern die Arbeiterinnen der großen Leningrader Gummiabrik „Krasny Treugolnit“ und den Arbeitern der Leuna-Werke statt. Die Arbeiter der Leuna-Werke ließen sich durch eine aus drei Genossen bestehende Delegation vertreten. Der Unterzeichner wohnten auch Genosse Meunier, Mitglied des Exekutivkomitees der Roten Gewerkschaft der chemischen Arbeiter Frankreichs, Genossin Emma Schach als Vertreterin der Arbeiter der Wittenberger Gummiabrik und andere ausländische Delegierte bei.

Die Belegschaft der Leningrader Fabrik übernahm Verpflichtungen, die auf die Verstärkung des sozialistischen Aufbaus gerichtet sind. Die Verpflichtung der deutschen Arbeiter besteht in einer verstärkten Antikriegsarbeit, in der Verstärkung des Kampfes gegen die kapitalistische Nationalisierung und der Entlarvung ihrer sozialdemokratischen Zuträger. Die Leuna-Arbeiter verpflichten sich weiter zum Kampfe für die Beilegung der inneren Verleumdungen und der faschistischen Betriebsorganisationen, zum Kampf gegen das Prämien- und Stüchlohnsystem, für die Verkürzung des Arbeitstages.

In der Durchführung revolutionärer Wettbewerbe zwischen den Sowjetarbeitern und der Arbeiterchaft in kapitalistischen Ländern kommen die gesteigerte Aktivität, die große Energie und die grenzenlosen Kräfte des revolutionären Proletariats zum Ausdruck.

Im freiwilligen sozialistischen Wettbewerb wird das Sowjetproletariat dem sozialistischen Aufbau neuen Tempogewinn verkehren, den Fünfjahresplan in vier Jahren durchzuführen.

Das Proletariat in den kapitalistischen Ländern wird das Tempo des revolutionären Aufstieges durch Verstärkung des Klassenkampfes gegen die eigene Bourgeoisie beschleunigen, wird die Vorbereitung der Imperialisten zum Ueberfall auf die Sowjetunion dadurch zurückhalten.

## „Der stille Don“

Kosakenroman von Michael Scholochow

Dort begannen wir zu graben. Wir gruben ein zwei Meter tiefes Loch, die Erde war feimig, war hart vor Alter. Ganz naß wurde ich dabei. Der Vater murmelte ununterbrochen Gebete. Und bei mir kullerte es nur so im Bauch. ... Ihr wißt doch, was man im Sommer zu essen isst: Sauermilch und Knoblauch. ... Es schmeißt mir fast den Bauch entzwei, ich hab mich schon sterben. Der selbige Vater, Friede seiner Seele, sagte also: „Hör, Christonja, bist ein Schweineleil. Ich bete hier und du, du hältst nicht einmal deine Fäzge zurück, man kann doch laun atmen.“ ... geß, sagte er, „Kriech vom Hügel hinunter, sonst schlage ich dir mit dem Spaten den Schädel ein. Durch dich, du Schweineleil, wird der Schatz sich noch tiefer in die Erde vergraben.“ Ich legte mich neben den Grabhügel und hatte fürchterliche Schmerzen. Der selbige Vater aber — er war ein Teufelsleil —, der grub oben allein weiter. Er ließ auf eine Steinplatte. Rief mich laut. Ich kam und hob mit einem Brechstein die Platte in die Höhe. ... Wollt ihr es glauben, Brüder, es war eine Mondnacht, und unter der Platte glänzte es nur so. ...

„Was du zusammenläßt, Christonja!“ Petro konnte sich nicht zurückhalten, lachte und pökte an seinem Schnurrbart.

„Warum sollte ich lägen!“ Christonja lachte, zog an seiner breiten Lederhose und sah die Zuhörer an. „Nein, ich läge nicht! Bei Gott, ich sag die Wahrheit!“

„Aun, dann mach doch endlich Schluss!“

„Ja, also, es glänzte nur so, Brüder. Ich schaue zia — da ist gebaumte Kohle. Fast vierzig Eimer lagen drin. Vater sagte: „Geh, Christonja, grab hier mal aus! Ich tat es. Ich schaufelte diesen Dred. In der Frühe schau ich auf — da kommt er.“

„Wer?“ fragte Tomilin.

„Aun, der Heiman, wer denn sonst! Er fährt in einem leichten Wägelchen: „Wer hat es euch gestohlen, ihr Kerle? Wir schwiegen.“

Er hatte uns also und führte uns ins Dorf. Vororiges Jahr rief man uns zu Gericht. Vater, der war geschert — der starb vorher. Man schrieb also auf, daß er nicht mehr unter den Lebenden sei.“

Christonja nahm den Kessel mit der dampfenden Kascha vom Feuer und ging zum Wagen, um Löffel zu holen.

„Was tat dein Vater? Er hatte doch gelobt, er werde eine Kirche bauen, und hat es doch nicht getan“, jagte Stepan, als Christonja mit den Löffeln zurückkehrte.

„Bist ein Narr, Stepan! Hätt' er für Kohle eine Kirche aufbauen sollen?“

„Er hat's doch gelobt.“

„Es war ja nicht die Rede von Kohle... es ging ja um einen Schatz.“

Von dem dröhnenden Lachen zuckte sogar das Feuer auf. Christonja hob den Kopf, und, ohne zu begreifen, worum es ging, überlachte er mit seinem lauten Wiehern alle anderen Stimmen.

VI

Affinija war siebzehn Jahre alt, als man sie mit Stepan verheiratete. Sie kam vom Dorfe Dubrowka, vom anderen Ufer des Don. Ein Jahr vor ihrer Hochzeit plügte sie in der Steppe, acht Werst vom Dorf entfernt. In der Nacht festelte ihr fünfzigjähriger Vater ihre Hände mit einer Pferdeleppel und vergewaltigte sie.

„Ich erlösch dich, wenn du nur ein Wortchen sagst, hältst du aber den Mund, bekommst du eine schöne Samojede, Samojeden und Galoschen. Denk daran: ich schlag dich tot, wenn du's wagst!“ sagte er ihr.

In der Nacht kam Affinija, nichts als ein zerrissenes Hemd am Körper, ins Dorf gelaufen. Stürzte sich der Mutter zu Füßen, erstickte fast vor Weinen, erzählte... Die Mutter und der ältere Bruder, der erst unlängst vom Dienst nach Hause gekommen war sprangen zum Pferde vor den Wagen, leiteten Affinija hinein, und führten zum Vater. Der Bruder beugte die Pferde fast zu Tode. Sie fanden den Vater neben dem Speicher. Er schlief, ganz vollgeoffen. Auf seinem ausgebreiteten Mantel, neben ihm, wälzte sich eine leere Bronnweinflasche. Vor Affinijas Augen hatte der Bruder das Strangholz vom Wagen aus, stieg mit dem Fuß den betrunkenen

Vater, stellte eine kurze Frage an ihn und schlug mit voller Wucht mit dem eisenschlagenen Strangholz auf das Nasenbein. Ueber eine Stunde hieb er zusammen mit der Mutter auf den Vater ein. Die sonst schüchterne, sehr alte Mutter riß, rasend vor Wut, dem bewußtlosen Mann das Haar aus; der Sohn stieg ihn mit den Füßen, Affinija lag unter dem Wagen, den Kopf zugebeut, und schüttelte sich in Weindrampfen. In den Morgenstunden brachten sie den Alten nach Hause. Er heulte kläglich. Lastete mit den Händen die Stube ab, suchte die verstedte Affinija. Von seinem abgerissenen Ohr quoll Blut und Eiter auf das Kissen. Gegen Abend starb er. Den Leuten sagte man, er sei in trunkenem Zustande vom Wagen gestürzt, und hätte sich so den Tod geholt.

Ein Jahr später kamen in einem schönen Wagen die Brautwerber. Der hochgewachsene, stattliche Stepan gestiel der Braut, und die Hochzeit wurde für den Herbst festgelegt. In einem vorwintertlichen Tage traute man das junge Paar. Von diesem Tage an war Affinija junge Hausfrau in Afachows Hütte. Die Schwiegermutter, eine große, von einer bösen Frauenkrankheit begungte alte Frau, wedte schon am nächsten Morgen, gleich nach dem Hochzeitsfest, die Schwiegertochter, führte sie in die Küche, machte sich an der Ofengabel zu schaffen, und sagte:

„Hör mal, wir haben dich nicht ins Haus genommen, weil du Schwiegertochter bist, damit du im Bett faulenzest und Liebe spielst. Geh, melde die Kühe, und stell dich dann zum Herd, lochen. Ich bin alt, kann nicht mehr arbeiten, jetzt mußt du die Wirtschaft führen, mußt du für alles verantwortlich sein.“

An diesem selben Tage prügelte Stepan seine junge Frau grauam und lallten Blutes. Er schlug sie auf die Brust, auf den Leib, auf den Rücken, schlug sie mit Abicht so, daß äußerlich nichts zu merken war. Und von dieser Zeit an besaßte er sich auch mit leichtsinnigen Strohwitwen, ging fast jede Nacht aus dem Haus, und schloß Affinija in der Scheune oder in der Stube ein.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für Politik und Religion Alfred Thomas, Breslau; für Waldenburg und Bellen; Betrieb und Gewerkschaft Wilhelm Bielewiz, Breslau; für Oberschlesien Gebard Schwab, Gleiwitz.



# Das Programm der Hakenkreuzler und die Arbeiterklasse

Ueberzeugender als Worte sind Taten, wichtiger als Programme sind Taten. Die Hakenkreuzler sind von Großkapitalisten bestochen, das ist eine hundertfach bewiesene Tatsache. Die Agenten dieser „Arbeiterpartei“ betätigen sich in den Kämpfen der Arbeiterklasse als Späher der Unternehmer und als Streikbrecher. Das beweist die tägliche Erfahrung. Dennoch gelingt es dieser Partei, mit ihrem schamhaften Programm Tausende Arbeiter, Angestellte, Bauern und Werkstätige des Mittelstandes vor ihren Karren zu spannen. Die stumpfsinnigen Demagogen, die die Agitation in den Volkssammlungen der Nationalsozialisten betreiben, machen sich ohne jedes Bedenken alle Forderungen zu eigen, von denen sie sich eine Wirkung auf die Massen versprechen. Wir haben es erlebt, daß die Redner dieser Partei in Versammlungen die Forderungen und Lösungen unserer Flugblätter nachbeteten und als ihr Programm ausgaben. Die Herren wissen ja, daß sie niemals in die Verlegenheit kommen werden, ihr „Programm“ durchführen zu müssen. Sie sind nur ein Hilfsmittel des Großkapitals, das sein Programm mit ihrer Hilfe durchführt. Darum kommt es ihnen nur darauf an, daß ihre Anhänger mit blindem Fanatismus dem Kommando ihrer Führer folgen, welche Vorstellungen sie sich auch von der nationalsozialistischen Weltanschauung machen mögen.

Die Massenbewegten Arbeiter aber, die die nationalsozialistische Welt nicht nur aus den Betrieben und Straßen, sondern auch aus den Hirnen irreführender Klassenangehöriger vertreiben müssen, sollen das offizielle Programm des Nationalsozialismus kennen, damit sie durch die sachliche Überlegung dieses Schwindelprogramms diejenigen überzeugen, die nicht als korrupte Volksverführer, sondern als ehrliche Ueberzeugung dem Hakenkreuz folgen. Dieses Programm ist unter dem Titel „Wesen, Grundzüge und Ziele der NSDAP.“ mit Erläuterungen des arischen Journalisten Alfred Rosenberg in neuer Auflage im Mai 1929 erschienen. Dieser Rosenberg zeichnet als verantwortlicher Herausgeber des „Völkischen Beobachters“, die Schrift ist Adolf Hitler gewidmet, also zweifellos eine autorisiertere Darstellung des Hakenkreuzprogramms.

Betrachten wir zunächst, was diese Partei, die sich eine „Arbeiterpartei“ und „sozialistisch“ nennt, der Arbeiterklasse zu bieten hat. Von den 25 Thesen, nach denen das völkische „Großdeutschland“ aufgebaut werden soll, enthalten nur drei solche Forderungen, die den Arbeitern etwas „Sozialistisches“ vorkäufen sollen: Gewinnbeteiligung an Großbetrieben, großzügiger Ausbau der Altersversorgung und Verstaatlichung aller (bisher) bereits vorgegründeten Betriebe (Trusts).

Was uns zunächst die „Altersversorgung“ betrifft. Solche Wohltaten kennt das deutsche Proletariat seit Bismarcks Zeiten. Die paar Bettelbrosen, die der bürgerliche Staat für alle, im Dienste des Proletariats arbeitsunfähig gewordene Proletarier abfallen läßt, nachdem er sie den Arbeitern in der Form von Steuern und sozialen Beiträgen aus der Tasche gezogen hat, bedeuten gewiß keinen Sozialismus und keine Lösung der sozialen Frage, am wenigsten in unserer Zeit der rückwärtsgehenden kapitalistischen Nationalisierung, wo es halb wie in Amerika bei allen größeren Betrieben heißen wird: Arbeiter über 40 Jahre werden nicht angenommen! Im Übrigen hat man nichts davon gemerkt, daß die Nazis im Kampfe für die Altersversorgung sich gegen ihre Volksbegehrten, die jugendbergingen Deutschnationalen, irgendwie hervorgetan hätten, als diese gemeinsam mit den Sozialdemokraten und allen bürgerlichen Parteien die Verschlechterung der Unterstützungslage in der Altersversicherung gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen.

Wie steht es nun mit der „Gewinnbeteiligung“? Sozialdemokraten und Nationalsozialisten sind gleich enttäuscht, wenn wir die

Uebereinstimmung ihres Wesens als faschistische Kampstruppen der Bourgeoisie durch die Bezeichnungen Sozialfaschismus und Nationalfaschismus klar machen. Aber in dieser Forderung ist die Uebereinstimmung der Nationalsozialisten und der reformistischen Denkweise handgreiflich. Die sogenannte „Gewinnbeteiligung“ ist eine Form der Korruption der Arbeiter, die besonders in dem reformistischen „Arbeiter-Paradies“ Amerika zu Hause ist, dort von der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie eifrig gefördert wird. In Deutschland taucht die gleiche Forderung des reformistischen Programms der „Wirtschaftsdemokratie“ auf.

Wir Kommunisten lehnen diesen Schwindel grundsätzlich ab. Die „Gewinnbeteiligung“ bedeutet für den Arbeiter nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung seiner Lage. Die paar Pfennige, die auf der einen Seite als „Gewinnbeteiligung“ für die Arbeiter „ausgeschüttet“ werden, werden auf der anderen Seite vom Lohn abgezogen. Es ist im Prinzip das gleiche, wie wenn ein Teil des Lohnes in Aktien der Unternehmung ausgezahlt würde. Bei der Arbeiterklasse aber wird durch diese Art der Lohnzahlung die Illusion erweckt, als ob sie an dem Profit des Unternehmens unmittelbar interessiert wäre. Der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen wird geheim, und der Arbeiter an den Betrieb gefesselt. „Gewinnbeteiligung“ ist daher nicht eine Arbeiterforderung, sondern eine typische Forderung von Unternehmerleuten.

Aber wie steht es mit der „Verstaatlichung der Trusts“? Ist das nicht ein wirklich sozialistischer Programmpunkt? In unserem kommunistischen Programm heißt es: „Nationalisierung (entschädigungslose Enteignung) und proletarische Nationalisierung aller industriellen Großbetriebe (Fabriken, Bergwerke, Kraftstationen)“. Die Verstaatlichung an sich nützt der Arbeiterklasse gar nichts! Wer kann behaupten, daß die Arbeiter und Angestellten bei der Eisenbahn, der Post oder in den staatlichen Bergwerken besser gestellt sind, als die Arbeiter der Privatindustrie, oder auch nur, daß diese staatlichen Unternehmungen eine sozialere Preispolitik betreiben? Was wir fordern ist die proletarische Nationalisierung, d. h.

die Uebernahme der Großbetriebe durch den proletarischen Staat. Erst muß die Arbeiterklasse die Macht erobern, ihren Staat, die proletarische Diktatur aufrichten, dann kann sie im Interesse des arbeitenden Volkes die Betriebe enteignen und verstaatlichen.

Auch in dieser Frage marschieren die Hakenkreuzler in den Fußstapfen des Sozialfaschismus, der das sozialistische Ziel gleichfalls durch die Verstaatlichung im bürgerlichen Staat erreichen will. Nach der Ansicht der Nazis soll die Verstaatlichung ein Staat durchzuführen, „der die völkische Grundlage zum Ausgang und die Wahrung der Interessen des Ganzen zum unverrückbaren Endziel hat“.

In diesem „völkischen Staat“ soll es keine Juden geben, aber selbstverständlich private „nationale“ Unternehmer. Ausdrücklich erklärt der Krier Rosenberg, es sei der Fehler des Marxismus, daß er „dem erfindenden, produktiven Unternehmertum überhaupt den Kampf angelegt hat“, und er ruft die nationale Industrie, die Landwirtschaft und das Gewerbe, zum Kampf auf gegen die „internationalen Banksyndikate und die, sei es in ihrem Gefolge, oder als ähnliche Zwittererscheinung, parallel mit ihnen entstandenen Trusts, Ringe“.

So wird der Kampf der nationalen Industrie gegen die internationalen Monopole proklamiert. Dies ist genau so, als wollte man die deutschen nationalen Diebe zum Kampf gegen das internationale Diebesunwesen aufrufen. Die Entwicklung des Kapitalismus führt mit Notwendigkeit zum Zusammenschluß der Großkapitalisten in nationalen und internationalen Mono-

polverbänden. Alle die nationalen Dieben, die die Nazis und ihre Kompagnons vom Stahlhelm und den anderen faschistischen Wehrverbänden finanzieren, die Borjig, Thyssen, Döglers, Siemens usw. sind durch hundert Fäden mit den verschiedensten Monopolverbänden des internationalen Finanzkapitals verknüpft. Man kann die Macht der internationalen Monopole nur brechen durch den rücksichtslosen Klassenkampf gegen das „nationale“ Kapital, das in jedem Betriebe dem deutschen Arbeiter unmittelbar als Klassenfeind gegenübersteht. Aber gerade vom Klassenkampf will diese „Arbeiterpartei“ nichts wissen! Dafür werden sie von ihren Herren nicht bezahlt. Ausdrücklich erklärt Rosenberg:

„Anstatt daß Unternehmer und Arbeiter ihre völkische, politische und wirtschaftliche Zusammengehörigkeit erkannten und sich aus dieser Erkenntnis gegen das über allen Völkern lastende bewegliche Weltkapital und die alles zerstörende Börsenspekulation gewandt hätten, führten sie einen erbitterten Krieg gegeneinander zum Ruh und Wohl des lastenden Dritten: des Börsejuden und seiner unbeschulten Geistesbrüder... Für den Nationalsozialismus gibt es weder „Proletariat“ noch „Bürger“, als zwei todschädliche Klassen, sondern nur noch Deutsche als Bluts- und Schicksalsgenossen. Schaffende Deutsche.“

Ungefähr so sagte es Wilhelm II. auch: „Ich kenne keine Parteien mehr.“ Die Arbeiter aber bebanten sich für die „Bluts- und Schicksalsgemeinschaft“ mit ihren „schaffenden“ Ausbeutern. Diese Volksgenossen verschmähen es belächelnd gar nicht, polnische Landarbeiter zu Tausenden ins Land zu ziehen, um die Löhne der deutschen „Bluts- und Schicksalsgenossen“ herabzudrücken. Das Kapital ist gegenwärtig so international verflocht, daß die Herren Rassekämpfer beim besten Willen nicht feststellen könnten, welcher Nation die Ausbeuter angehören, die vom Schweiß und Blut der deutschen Proletarier profitieren. Schon durch den Young-Plan, den die „nationalen“ Unternehmer, die für das Volksbegehren gestimmt haben, genau so auf Kosten der deutschen Arbeiter durchzuführen werden wie ihre weniger „nationalen“ Kollegen, gehen von jeder Mark Profit mindestens 5 Pfennige direkt an das internationale Kapital.

Der Klassenkampf ist keine marxistische Erfindung, sondern blutig erprobte Wirklichkeit, die man jeden Tag in Streiks, Ausperrungen, Mahrforderungen, Polizeitritten und Urtellen der Klassenjustiz beobachten kann. Wer sich gegen den Klassenkampf des Proletariats stellt, der unterstützt, bewußt oder unbewußt — bewußt die Führer, unbewußt die Verführer — den Klassenkampf, den die Ausbeuter unerhört gegen die arbeitenden Massen führen. „Klassenkampf, nicht Klassenkampf!“ Das ist und bleibt darum die Parole korrupter Kapitalmächte, als die sich die Hakenkreuzler mit jedem Satz ihres Programms erweisen.

(Weitere Artikel folgen.)

## Reichsleitung der „Naturfreunde“ will spalten

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ ist die Organisation, in der bisher die reformistische Bürokratie verstanden hat, den Kurs der SPD. durchzuführen, ohne daß sie dabei auf stärkeren Widerstand der Mitgliedschaft stieß. Die Wahl des Vorsitzenden der „Naturfreunde“ auf der letzten Zentralauschuss-Sitzung, die nach rein sozialdemokratischen Gesichtspunkten durchgeführt wurde, hat jetzt eine lebhafteste Opposition der Mitgliedschaft gegen die Auslieferung der „Naturfreunde“ an die SPD. hervorgerufen. Unter anderem hat der Gau Württemberg gegen die Spaltungsabsichten der Reformisten, die auf der Zentralauschuss-Sitzung deutlich ausgesprochen wurden, entschieden Front gemacht. Sowohl die Reichsleitung der „Naturfreunde“ als auch der Zentralauschuss haben diese Stellungnahme zum Anlaß genommen, um nunmehr ganz offen den Ausschluß des Gau's Württemberg anzudrohen, falls derselbe nicht von seiner Opposition zurücktritt.

Dieser Schritt ist der erste in der Richtung einer Spaltungs-offensive im Touristenverein „Die Naturfreunde“. Überall müssen die Mitglieder Front machen gegen diese Methoden und müssen sich einreihen in die revolutionäre Opposition zum Kampf um die rote Einheit im Arbeitersport.

## Vereinigte Theater

**Lobe-Theater**  
Von Sonnabend, 9. Novbr. bis Sonnabend, 16. Novbr. täglich 20.15 Uhr  
Uraufführung!  
Herrn Salvermollers leitende Seelenwanderung  
Komödie v. Roland West

**Thalia-Theater**  
Von Sonntag, 10. Novbr. bis Sonnabend, 16. Novbr. täglich 20.15 Uhr  
Die heilige Flamme

## Stadttheater Breslau

(Opernhaus)  
Spielplan vom 11. Nov. bis 18. Nov. 1929

Mittwoch, 19.30 Uhr  
Abonnements-Vorstellung Serie B 8  
**Die Hochzeit des Figaro**  
Donnerstag, 19 Uhr  
Abonnements-Vorstellung Serie E 6  
Neu einstudiert  
**Der Rosentavaliere**  
Freitag, 20 Uhr  
Abonnements-Vorstellung Serie C 6  
**Der Freischütz**  
Sonnabend, 19.30 Uhr  
**Garmen**  
Sonntag, 15 Uhr  
Nachm.-Vorstellung zu ermäßigten Preisen  
**Die Zauberflöte**  
Sonntag, 20 Uhr  
**Malschmitt Hopkins**

## Wandeleihhaus Grundmann

Breslau, Trebnitzer Str. 21  
Verleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmudsfachen


## Aug. Maiwald & Söhne Möbelmagazin

Waldenburg, Kirchstr. 6a

## Schauspielhaus

Operettenbühne  
Tel. 36 300  
Täglich 8 Uhr  
Der Sensationserfolg  
**Marietta**  
Große Operette in 5 Bildern von Sascha Guitry  
Musik von Oscar Straus  
mit Margit Suchy und Eduard Lichtenstein  
Heute nachm. 4 Uhr und Sonnab., nachm. 4 Uhr  
**Rotkäppchen und der Wolf**  
Groß-Kindermärchen mit Gesang u. Tanz  
Vorverkauf v. 10 Uhr vorm. umunterbroch. geöffnet

## Arbeiter, Angestellte und Beamte



sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschafts-kongresses, der Genossenschaftstage, des Allgem. freien Angestelltenbundes u. des Allgem. Deutschen Beamtenbundes nur versichern bei dem eigenen Unternehmen, der

### „Volksfürsorge“

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft

Auskunft erteilen bzw. Material versenden kostenlos die Rechnungsstellen in Breslau, Margarethenstr. 171, Liegnitz, Bismarckstr. 4 (Volkshaus) Waldenburg, Sandstr. 1, Gleiwitz, Postkampfsstr. 11, Herr Johann Wosch, Oppeln, Zimmerstraße 6, oder der Vorstand der „Volksfürsorge“ in Hamburg 5, Am der Alter 68/59

## Deine Einkäufe

mache bei Inserenten dieser Zeitung! Die anderen wollen dein Geld nicht!

## Warnung an d. Geschäftswelt!

Seit einiger Zeit treibt ein Betrüger in Breslau sein Unwesen, welcher vorgibt, berechtigt zu sein, Inserate f. den Führer d. „Arbeiter-Illustriert-Zeitung“ zu werben und sich auch darauf Anzahlungen geben läßt. Wie wir erfahren haben, nennt er sich Szubinski. Dieser Mann ist nach unseren eingeholten Informationen nicht berechtigt, Aufträge oder Zahlungen für den Führer der „Arbeiter-Illustr.-Zeitung“, entgegenzunehmen

Schles. Verlagsgesellschaft  
Breslau, Trebnitzer Straße 50

## Ämtliche Bekanntmachungen von Weißstein

Ortsstatut

betreffend die Zahl der Gemeindeverordneten und Gemeindefürheren in der Landgemeinde Weißstein.

Auf Grund der §§ 6, 49 und 103 der Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891 und des Gemeindebeschlusses vom 24. Oktober 1929 wird für den Bezirk der Landgemeinde Weißstein folgendes verordnet:

§ 1.  
Die Zahl der Gemeindeverordneten wird von bisher „21“ auf „24“ erhöht.

Die Zahl der Gemeindefürheren bleibt die gleiche wie sie im Nachtrag II vom 28. Februar 1924 zum Ortsstatut betreffend den kollektialischen Gemeindevorstand vom 15. April 1912 festgesetzt ist, nämlich „6“.

§ 2.  
Dieses Ortsstatut tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft, gilt also erstmalig für die Gemeindevahl am 17. November 1929.

Weißstein, den 22. Oktober 1929.

Der Gemeindevorstand.  
gez. Hertwig. gez. Scholz.

Vorstehendes Ortsstatut wird auf Grund unseres Beschlusses vom 8. D. hierdurch genehmigt.  
Waldenburg, den 9. November 1929.

Der Kreisaußschuß.  
J. B.

K. B. 369/29. gez. Adershold.

Vorstehendes Ortsstatut wird hiermit weiter veröffentlicht.  
Weißstein, den 12. November 1929.

Der Gemeindevorsteher.  
Hertwig.

Die Auszahlung der Sozial- und Kleinrentner-Unterstützung erfolgt für die Stammgemeinde Weißstein und den Ortsteil Neu-Salzbrunn am Freitag, dem 15. November 1929, von 15-17 Uhr (3-5 Uhr) in der Gemeindehauptkasse zu Weißstein, und für den Ortsteil

Rantabühl  
am Montag, dem 18. November 1929, von 12-13 Uhr (12-1 Uhr) im Gasthof zum „Goldenen Frieden“  
Weißstein, den 12. November 1929.

Der Gemeindevorsteher.  
gez. Hertwig. begl. Gärtner.

## Sie verdienen Sie täglich

10 Mark mit Schürzenkel  
Nur persönl. kommen  
**Reste**  
in Serge, Klette, Leinwand, Acemifuller, Rohhaar, Garn, Knöpfe, Kerntesse, Erdal alles sehr billig prima Ware  
Detail und Engros  
**Berth. Lippert**  
Breslau  
Heinrichstraße 16  
Filiale: Oberstr. 17  
Weißberggasse 43



# Kräne in Pittsburg / Von Siegfried Nebel

„Unglück passiert? Wo denn? Was...?“

„Nurmummt, wie sie in der kalten Herbstnacht waren, richteten sich die einzelnen Arbeiter hier und dort mühsam auf und lauschten angestrengt. Wenig war zu verstehen; der braulende Wind trug die Kunde mit fort. Unglück? Schon wieder? Was konnte das sein? Die Männer drehten sich suchend um — milde Gesichter, geschwärtzt und von sahltem Licht übergoßen.“

„Diese knirschten die großen Bogenlampen. Die grauen Erzhausen, aufgetürmt wie Berge, und auch die langen Kohlenstapel warfen schwankende Schatten. Draßen jag der Rauch, jag wie ein Meer dahin aus unzähligen Schloten über das schlafende Pittsburg. Rings klammten die Hochöfen, Dampf und — wie gegen ein spielendes Nordlicht gestellt — bewegten sich schwarz und kalt die Gerippe der großen Kräne durch die Nacht.“

„Über ein Kran stand, bewegte sich nicht. In seinem Schatten beugte sich der Kranführer herab, vorlegen und ratlos. Wenn nur der Meister nicht käme — oder doch käme? „Unglück passiert! Hallo!“ Aus der Nähe kamen die Arbeiter heran mit schweren Schritten, kamen in traurig-schmutziger Kleidung, unter der die Körper schwitzten. „Ja... um Teufels willen!“ raunten sie scheu. Es waren zumest Polen und Ungarn. „Wie ist das möglich? Sind die Beine ab? Wie konnte das überhaupt geschehen? Ausgerutscht, sagst du? Wie denn? Glatt? Vom Öl? Vom Eis? Ohnmächtig?“ Erschrocken saßen sie an ihre Mühen und blickten zunächst dumpf den Kranführer an. Der aber deutete hinab auf Peter, den ungarischen Arbeiter, welcher mit beiden Beinen in die Maschinerie geraten war, unter die Räder des Krans. Nein, die Beine waren zwar nicht ab, aber Peter konnte nicht heraus, wie verweist er sich auch anstrengen möchte. Es ging nicht. Das Dickicht der Maschinerie, gleich Schlingengewächsen, hielt ihn fest... darüber ragte hoch der Kran, lastend und groß, wie ein vorweltliches Ungeheuer.“

„Peter war jung und stark, ein Mensch, wie man ihn brauchte zu schwerster Arbeit. Aber nun, nicht anders als ein Klumpen Erde, lag sein stämmiger Körper da, über die Schiene geworfen, sichtbar einzig bis an den Unterleib. Ja, was sollte jetzt das Fragen und Herumraten, wie's gekommen war! Die Beine begannen zu schmerzen und zu brennen, Hilfe war notwendig. Vielleicht war die Haut so festgeklemmt, daß sie riß, daß das Fleisch platzen mußte. Vielleicht stieß da schon Blut aus, vielleicht... „Was hofft Ihr denn jetzt herum und redet nur!“ Spähend stellte ein Arbeiter eine Laterne neben Peter auf die Erde. Peters Gesicht — es hatte sich wohl schon verändert? Ein ganz klein wenig? Fühlte er etwa für seine Arbeit? Er versuchte sich loszumachen und loszukriechen, seine Stirn schlug dabei herum auf den körnigen Boden. „Los jetzt!“ sagten die Arbeiter, „angefacht. Du an diese Schulter, du an jene, du hier, du dort.“ Jetzt zieht!“

„Es ging nicht, ausgeschlossen. Sie ließen Peter wieder zurückfallen. Wütend, rüddings lag er da und machte hilflose Bewegungen mit der Hand. Nur der Stoff seiner Hose schien dem Jern nachgeben zu haben, im übrigen aber war seine Lage jetzt noch schlechter als zuvor. Der Schmerz drang herauf bis in die Schläfen, die stark pochten und flachen, und um die Augen machte sich ein eigenartiger Druck bemerkbar. Kam es davon, weil der Kopf so tief lag? Kalt und naß hauchte die Erde wie Eis am Rücken herauf. „Aber gut, daß das Unglück wenigstens nicht noch größer geworden ist,“ sagte der Kranführer. „Und jetzt holen wir am besten den Meister — oder nicht?“ Einige gingen suchend davon: „Meister, he! Wo find Sie!“

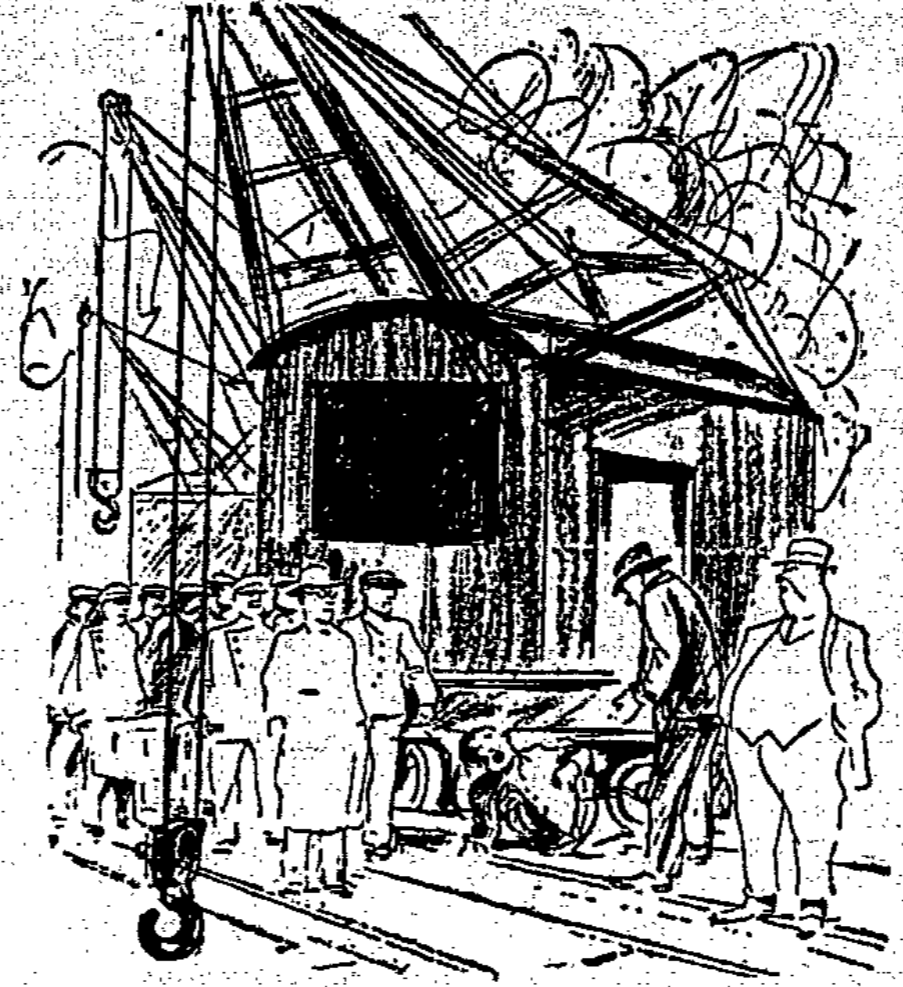
„Der Meister, der selber angetriebene Treiber, was sollte er schon helfen können? Vermochte er etwa praktischer zu denken? Nichts unterschied ihn von den anderen verkommen Gefalteten, nur daß die ihn umringten und ihm folgten wie einem Gefalteten. Gleichmäßig legte sich der rote Widerschein des flackernden Feuers auf alle Gesichter. Des Meisters heiserer Stimme Klang ätzend: „Daß das gerade jetzt geschehen mußte, Teufel! Jetzt! Das Erz muß ran, die Kohlen... Schienen müssen fertig werden, Stahl! Und in meiner Abteilung ist es passiert! Los, noch einmal angepakt, zieht! Alle Mann, noch einmal, zieht!“

„Schnell und sonderbar hatte Peters Stimmung geschwankt. Buerst übermannte ihn der Schreck, dann folgte Ermattung, und dann, ehe der Meister und die anderen kamen, fühlte er sich sehr, sehr entmutigt und traurig. Half denn niemand, während die Furcht stieg, während er zu zittern begann und während der Schmerz anwuchs? Peter, der große, starke Mensch, sehte ein beinahe demütiges Gesicht auf unter den Augen des Meisters. Nur nicht, auch wenn es immer qualvoller wird, nur nicht jetzt die Arbeit verlieren, wo ohnehin schon so viel Not herrscht! Aber Peter konnte die Masse der Ergebenheit nicht halten. Besonders in diesem Augenblick nicht, da sie zum zweiten Male anpaktten und ihn hoben — da es zerrte, da es ruckte, daß das Rückgrat krachte und die Beine schmerzten wie unter Arthrien. „Noch einmal, los! Noch einmal!“ hieß es. Peter schloß die Augen, verstampfte die Rippen, aber es war nicht länger erträglich. „Ho—o!“ schrie er auf — er hatte eine tiefe Stimme. Zwedlos war es auch diesmal gewesen, daß sie ihn gedreht und gewandt hatten wie einen Strick, sie ließen ihn fallen. „Verflucht!“ schimpfte der Meister. „Ja... die Sache ist verwirrt als man denkt,“ sagte ein anderer. Peter schwieg, so gequält war er. Der Meister schritt davon: „Du, du und du — an die Arbeit. Die übrigen bleiben da zur Hilfe. Einen zuständigen Ingenieur muß ich rufen...“

„Es dauerte sehr lange, eine Unendlichkeit. Inzwischen hatte der Nachtkam schon manche Melodie heruntergeholt, vielerlei Ratsschläge und Besorgnisse hatten die Arbeiter einander zugerannt, und auf Peters Stimme kam allmählich ein kalter Schweiß. Woher kam der? Erfachte ihn die Angst? Sein Gesicht schien sprunghaft bleich zu werden. „Ruhig, sei ruhig!“ trösteten ihn die Arbeiter. Aber er hatte vielleicht die bestehenden Möglichkeiten schon alle erzwungen. Und welche Möglichkeit gab es überhaupt, hier herauszukommen? Dann fiel ihm ein: diese Umstände, dieser Zeitverlust, dieser Aufwand, der gemacht wird, wadenlos, daß es umsonst geschieht, daß es verziehen wird... Seine Befürchtungen gingen weiter, seine Vorstellungen begannen einander zu jagen: es ging um alles, nicht nur um seine Glieder, aus denen vielleicht jetzt das — Blut ansloß? Warum löst wurden seine Finger so stark und kalt? Lag's etwa an der Luft? ... Mitternacht mußte es sein oder schon später. Wie da droben der Dampf trieb...! Peter versuchte, seinen Rumpf ein wenig aufzurichten. Aber da, da war es ja, nahe am Unterleib war er festgeklemmt Teufel! Der Schmerz. Und man konnte da nicht hineinfallen oder... Und da etwa am Fuß mußte es sein, wo er sich ganz hart und un-

„Neben umschlungen fühlte, vielleicht auch an den Waden, es war unbestimmt, er konnte es nicht mehr genau spüren. Nur daß er festgehalten war, wußte er, unrettbar festgehalten, belad zum Schreien festgehalten! Und noch dazu — es lag wohl am abgetrennten Blutkreislauf — kam er sich so sonderbar beengt vor, auf der Brust hochte ein unbezwinglicher Druck, kaum konnte er atmen, seine Rippen gingen auseinander, und seine Augen flimmerten unsicher.“

„Dann kam der Ingenieur. Die Arbeiter grüßten erwartungsvoll und traten etwas beiseite, während er mit der Laterne alles ablichtete. Er überlegte: „Schwierig!“ Dann beugte er fragend sein leicht gealtertes Gesicht herab — und, wie ein Schatten des Blitros, fiel auch auf ihm der Stempel einer gewissen Untermüßigkeit zu ruhen. „Fühlen Sie sich an den Füßen festgeklemmt?“ „Ja—!“ erwiderte Peter krampfhaft. „Und auch an den Waden?“ „Auch da und über die Knie hinweg an den Oberschenkeln...“ Unruhig riß Peter die Augen auf: warum schüttelte der Ingenieur den Kopf! Wenn einer helfen konnte, mußte der's doch können — und bald, denn der Frost lag sehr in die Glieder. „Und Sie haben auch schon versucht, ihn herauszuziehen?“ „Ja, jawohl!“ sprang der



„Meister vor und bemühte sich, eine ergebene Haltung einzunehmen. Auch der Kranführer konnte einer verborgenen Laßung nicht widerstehen und sagte erneut: „Es hätte schlimmer werden können; ich hätte ihm...“ Der Ingenieur aber hörte gar nicht zu, sondern überlegte. Und dann schob er den Meister aus dem Kreis der Arbeiter hinaus und sagte im Fortgehen: „Wahrscheinlich... muß der ganze Kran abmontiert werden. Kommen Sie mit.“

„Die Arbeiter schauten den beiden nach, als hätten sie nur halb begriffen. Peter wand seinen schweren Rumpf auf dem Erdboden zur Seite: „Was war das? Abmontiert soll er werden, der ganze Kran — oh, Teufel!“ Die Arbeiter nidten langsam: „Es ist besser so... als nur zwei Stumpen zu haben.“ Dann traten sie von einem Fuß auf den anderen, hauchten sich in die Hände und schlugen die Arme um den Leib, weil es kälter wurde. Vielleicht waren sie sogar ein klein wenig froh, inmitten der Treibjagd der Arbeit endlich einmal aufatmen zu können. Und wie der Wind heulte...! Immerfort knirschten die großen Bogenlampen. Die Schatten der Kohlenberge und der Erz Hügel tanzten. Unendlich langsam kroch die Zeit und... wieviele Stunden würde es nun noch dauern, diese Ungewißheit, diese Qual, dies Gefangensein! Peter war nahe daran, zu verzweifeln — oder aber, er hätte schreien mögen, ganz laut, aus Leibeskraften und fluchen... und wider dies Mißgeschick rufen! Aber was half das? Liegen, einfach daliegen, was das Einzige. Er fügte sich, auch wenn es schon längst unerträglich schien. Und doch: wiederum starrten seine dunklen Augen, die ein wenig anquollen, hinauf, vom Fluß des Krans hinauf zur Spitze. Ungeheuerlich — das sollte abmontiert werden? Trotzdem... vielleicht... sie hatten ja ihre Leute dazu, die das sehr schnell tun konnten. Dieser Gedanke tröstete ihn plötzlich. Wenigstens waren dann seine Beine gerettet! Und wenn er schließlich auch schon seine Arbeit verlieren sollte... wegen „Fahrlässigkeit“, wie man es nennen würde, immerhin, seine heilen Glieder blieben ihm dennoch. Damit konnte er wieder Arbeit suchen, und irgendwo würde auch helfen: die Bekannten vielleicht, die Gewerkschaft... Aber, wenn nun die Beine sehr gequält waren, so daß er sie vielleicht lange nicht gebrauchen konnte! Furcht davor trat in sein erbleichendes Gesicht, er machte eine ratlose Bewegung, als ob er die anderen Arbeiter fragen wollte. Die stampften, ebenfalls in sich versunken, umher, und einer hatte einen kleinen Stapel Erde besorgt, worauf sie Peters Körper etwas höher lagerten... Ja, wenn er nun wochenlang krank wäre! Eine Bitterkeit wollte ihn befallen. Aber warum denn? Auch dann würde ja geholfen werden, nicht wahr? Und er hatte doch seine Glieder, nach wie vor! Peter flüchte hinauf. Einen Eimer glaubte er zu erblicken zwischen der dicken Schicht des Gewölks und des Rauches. Er dachte an seine Frau: Nina, siehst du, Nina, es hätte schlimmer werden können. Wenn die Beine ab wären, und ich wäre nach Hause gekommen, nein, sie hätten mich ins Krankenhaus gebracht... und nach Monaten hätte ich dagestanden... auf den Stumpen... Nina!

„Peter erschraf bei dieser bloßen Vorstellung. Seine Schultern zuckten und die schmutzige Hand fuhr über den offenen Mund — vor Angst: Nina... was hätte ich dann tun können? Betteln?... Einen Wagen, zum Schieben, laufen?... Einen Hund, zum Ziehen?... Nina! Und du, du... wärst du mir fortgegangen?... Zu einem anderen, der mehr ist, als bloß ein Krumpf...? Oh...! Peter schüttelte dumpf, als erlebe er das alles in Wirklichkeit. Die Arbeiter forangren heran zu ihm: „Was ist? Sollen wir den Kopf noch etwas höher legen? R...! Du Wäcker?“ Peterchen nannten sie ihn jetzt... das war alles, was sie für ihn tun konnten, obwohl sie seine Schmerzen mit-

empfinden, und sich gerade deshalb immer abwandten. „Peterchen,“ sagte auch der Kranführer, „es wird so schnell gehen!“ „Ja, ja,“ raunte Peter, und es kamen ihm andere Gedanken, und seine Beine besch er doch schließlich noch! So gut es konnte, straffte er seinen starken Kampf, um die Schmerzen männlicher zu überwinden. Und wie die Angst sich jetzt zerspreuete Wirtlich, von der bösen Einbildung war ja nichts... „Nun?“

„Die Arbeiter trafen fragend an den Meister heran, der allein zurückkam. „Was heißt: Nun?“ sagte er verärgert und ging auf und ab. „Der Ingenieur ist noch nicht fertig mit der Verhandlung — wegen des Abmontierens.“ „Wie lange soll denn das noch dauern, ewig kann ich hier doch nicht liegen bleiben!“ murkte Peter. Die anderen bekräftigten seinen Unwillen. „Ja, es wird schon was geschehen,“ief der Meister. „Ja, ja, gewiß... aber, Teufel... es ist ja übrigens keine Schuld, daß du da verunglückt bist!“ Stille. Doch Peter konnte seinen Jern nicht überwinden, auch wenn er ihn dämpfte: „Meine Schuld?... Drei ist auf diesem Gelände! Dell! Eis! Hindernisse überall! Und keine Schutzvorrichtung! Schlechte Beleuchtung! Und zuviel Arbeit, zuviel Fehljagd... Und da soll's meine Schuld sein, sagen Sie?“ Ein Zittern schüttelte ihn — Frost oder Fieber. Er kniff die Augen zusammen, um es besser ertragen zu können.

„Der Ingenieur kam und schritt kurz auf und nieder. Von der anderen Seite kamen zwei Träger mit einer Bahre, ein Arzt und noch jemand, wohl ein hoher „Befehlshaber“ des Wertes. Alles ging wortlos vor sich... Da öffnete Peter die Augen, und mit einem aufleuchtenden Hoffungsgebanten warf er den Kopf zur Seite: Waren das die Schlosser etwa? „Ja... wo sind sie denn, diese Leute zum Abmontieren? Wie?“ Peters Gesicht wurde ganz finster, als er den Arzt erblickte. „Wo die Schlosser sind, frag ich doch... Wie?“ Eistiges Schweigen. Nur der Sturm brauste, und Rauch stob davon, endlos... „Der hohe „Befehlshaber“ trat vor, gewichtig schlenkte er den Kopf: „Lieber Mann... die Sachlage ist sehr schwierig. Sie verstehen, wir müssen die Lieferungen unbedingt fertigstellen... Stahl, Eisenbahnschienen! Durch eigene Schuld — lassen Sie nur ihre Werkzeuge für nachher, lieber Mann — durch eigene Schuld sind Sie unter den Kran gekommen... und der dürfte keine Minute außer Tätigkeit sein. Das Abmontieren des Krans dauert zu lange, der Zeitverlust ist zu groß, wir verlieren Unsummen Geldes dadurch... kurz, Sie verstehen... ohne Zweifel werden Sie zu Ihrem Recht kommen... Ihre Entschädigung beträgt zweitausend Dollar...“ Er sprach ab, er hatte sich wohl gewiß ein ganz Teil zusammennemen müssen, um all das herzusagen. Eine Verlegenheit entstand... Der Ingenieur hatte eigentlich nichts mehr damit zu tun, der Arzt noch nicht, die Arbeiter — sie begriffen, und das Entsetzen wühlte in ihnen.

„Da schrie Peter auf wie ein Tier, wand sich, ruckte, schlug mit dem Kopf auf die Erde, tobte, hat, raste, schreie — es half nichts. Die Umklammerung gab nicht nach. „Kameraden...! So helft mir doch! Treibt sie weg! Kauft die Gewerkschaft!... Helft!...“ Seine Stimme überschlug sich, verschwand, als wenn ein Sturm sich in einer Schlucht versang und rüttelte. Die Arbeiter duckten sich ein wenig... Es war Zeit zum Handeln, höchste Zeit! Der Sprecher von vorn trat wieder vor. Dem Meister gab er einen Wink, die Wertpolizei zu holen. Und in gleichem Atemzuge gebot er: „Der Kranführer — auf den Kran! Steh, lieber Mann, nehmen Sie zusammen... ein kurzer Schmerz, wie im Krieg... und zweitausend Dollar... Kranführer los!“

„Wie... will nicht!“, sagte jener zag. „Wie Sie wollen nicht?... Entlassen!“ Und sofort deutete der „Befehlshaber“ auf einen anderen der umstehenden Arbeiter: „Dann Sie...!“

„Ich... versteh's nicht, Herr!“ „Entlassen!“ „Der Nächste... will auch nicht? Entlassen!“ „Der dort... Entlassen!“ „Jener... Entlassen!“ „Ach, Entschuldigend,“ mischte sich der Ingenieur ein, „das sind doch nur ungelernete Arbeiter, die den Kran nicht bedienen können.“

„So? Ist gleichgültig! Dann gehen Sie hinauf, Herr Ingenieur, bitte!“ „Ich... es gehört nicht zu meinem Dienst, wenn ich so sagen darf, leider...“ „Aha! Nun, wir sprechen später darüber... Ach, gut, daß Sie da sind, Meister! Jehn, fünfzehn Mann Wertpolizei, gut! Auf den Kran, Meister, Ihre Arbeiter weigern sich!“ Der Meister erschraf und blidte sich im Kreise um. Stille. Und wiederum, als näherte sich ihm der Tod oder, als überkam ihn der Jernsum, begann Peter zu schreien und wimmern. Manchmal waren es ganz wirre Laute. Die Angst hochte riesenhaft über ihm: Verflümmelt sein! Vielleicht an Verblutung sterben... für wen! „So helft mir doch, Kameraden! Schlagt sie tot, die Verbrecher... Ach, Hunde, Hunde...!“

„Zurück, an die Arbeit!“, gebot die Wertpolizei den Arbeitern. Nicht alle traten zurück, aber sie schienen alle in plötzlicher Aufwallung sprungbereit zu sein. Unglücke kamen zwar täglich vor, Grausamkeiten, Verbrehen... aber... „Zurück!“ hieß es wieder, und „Zurück!“ „Nein, nicht zurück!“ schrie der Kranführer auf. Da schlugen sie ihn... „Ach, ach...“ schloß der Meister oben, seine Hände bedeten zwischen den Hebeln.

„Geben Sie Dampf — und los!“ klang der Befehl. Da — sprang das Ungeheuer an, ratterte und brüllte wie die Hölle. „Halt!“ rief der Kranführer mit halberstirter Stimme, während sie ihn festsetzten. Und auch die anderen Arbeiter murkten ganz plötzlich... zwei, drei, vier, fünf Arbeiter, mehr nicht! Sie drangen dicht an den Kran vor, einer wollte hinauf, ein anderer drehte sich um wider die Polizei, wehrte sich, biß, stieß, würgte: „Kamerad,“ schudte er, „wir helfen!“ Aber da — wie automatisch, trat eine grausame Stille ein. Nur der Kran schaute und der Wind pffte, die Arbeiter begehrten wild auf, ein un-menschlicher Schrei durchzitterte die Nacht... Geschehen war es, der Arzt stürzte heran, die Bahre... „Der Tumult unter den Arbeitern dauerte noch an, sie tobten, wehrten sich wie wahnwichtig... wurden aber bald von der Uebermacht gefesselt. Der Ingenieur und der „Befehlshaber“ standen abseits, gingen weg. Eindringlicher noch flackerien rings die Feuer, das Wert weiter, die Kräne bewegten sich wie schwarze Gerippe, die Arbeiter wurden abgeführt. „Strahlen...!“ rief der eine, und man schlug ihn. „Dennoch...!“ Ein anderer wollte den Gedanken aufgreifen. „Maul halten!“ hieß es. „Und wir hatten's doch nicht!“ Und dieser Mensch wurde gelagert... bis der nächste losbarft: „Wir rächen uns... wartet nur!“



# Rote Kommune

## Breslau die Stadt des Massenelends

42000 Wohnungsuchende — Ueber 30000 Erwerbslose — Was taten die Sozialdemokraten zur Vinderung des Massenelends? — Arbeiter urteilt!

Note Fahnen auf die Rathhäuser! rief der linke Sozialdemokrat Gäßlein vor den Malwahlen 1928. Note Fahnen auf die Rathhäuser rufen auch heute die Gäßlein, Krumm und Konforten. Und das Funktionärorgan der Sozialdemokratischen Partei wagt es, Breslau als die Stadt des Sozialismus zu bezeichnen. Heute, nach anderthalbjähriger „linker“ sozialdemokratischer Tätigkeit, dürfen die Arbeiter und Arbeiterinnen, die Massen der Werttätigen nicht wieder auf die leeren sozialdemokratischen Versprechungen hereinfallen. Heute gilt es zu prüfen:

Was hat die sozialdemokratische Fraktion, welche die stärkste Partei im Rathhaus ist, für die Massen der werttätigen Bevölkerung getan? Was tat sie für die Massen der Erwerbslosen, der Wohlfahrtsempfänger? Was geschah zur Vinderung des Wohnungselends, was taten sie, um die elenden Löhne der Gemeinbedienten in Einklang zu bringen mit den gestiegenen Lebensmittelpreisen? Was taten sie, um gemäß ihrer Stärke auch ihren Einfluß im Magistrat zu vergrößern?

Beginnen wir mit der Beantwortung der letzten Frage. Wir stellen fest, daß nach den Malwahlen in zahlreichen Arbeiterversammlungen, besonders in Versammlungen der städtischen Betriebe, gefordert wurde, die Sozialdemokraten sollten, gemeinsam mit Kommunisten und Mietern, die Mehrheit ausnützen, um die Arbeiterinteressen wirksam wahrzunehmen. Die Sozialdemokraten verzichteten von vornherein auf eine Ausnützung der Mehrheit. Durch die Koalitionspolitik im Reich und Staat, gefesselt an die Bourgeoisie, verknüpft mit dem Staatsapparat, machten sie auch im Stadtparlament Koalitionspolitik, machten Einheitsfront mit wechselnden bürgerlichen Mehrheiten. Sie wählten einen Deutschen Nationalen zum zweiten Stadtvorsitzenden vor sich her, sie ließen die deutschnationalen, volksparteilichen und zentrumlichen Magistratsmitglieder weiter im Amt, um nachher die Arbeiter bittig zu tunen und ihnen einzureden, daß die „bürgerliche Mehrheit“ sie in ihrer Tätigkeit für die Arbeiterschaft behindert hat. Wie saul diese Ausrede ist, beweisen folgende Tatsachen: Bereits im Juni 1928 stimmten die Sozialdemokraten gemeinschaftlich mit den bürgerlichen die kommunistischen Anträge auf Wirtschaftshilfe für die Erwerbslosen nieder. Sie stimmten mit den bürgerlichen gegen den kommunistischen Antrag, Einheitslöhne für die Notstandsarbeiter im Ostpark festzusetzen. Aber sie bewilligten vier Wochen später

### die Mittel für den Hindenburg-Empfang

Im Oktober 1928 lehnte der bürgerlich-sozialdemokratische Magistrat den Gemeinbedienten-Schiedspruch ab, obwohl er den Gemeinbedienten eine ganz geringe Lohnerhöhung brachte, und stimmte einem Schiedspruch zu, der die Gemeinbedienten, die 75 bis 82 Pfennige Stundenlohn beziehen, in der schändlichsten Weise betrog. Auch im letzten Jahre haben die Sozialdemokraten die kommunistischen Anträge zugunsten der Erwerbslosen und Notstandsarbeiter abgelehnt bzw. durch Zusatzanträge herab vermindert, daß sie in keiner Weise die elende Lage der Erwerbslosen und der Wohlfahrtsempfänger erleichterten. (Siehe auch den Artikel in der „N.Z.“) Die linke sozialdemokratische Fraktion stimmte für die Erhöhung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise. Sie stimmte für die Erhöhung der Grundvermögenssteuer und für die Verteuerung der Mieten.

(Fortsetzung auf Spalte 3.)

### Wofür Geld da ist

Die Ablehnung der kommunistischen Forderungen begründete die sozialdemokratische Fraktion stets damit, daß kein Geld da ist. Für die Interessen der Bourgeoisie aber hatten die sozialdemokratischen Arbeiterverräter immer Mittel fertig. Sie bewilligten pro Jahr

630 000 Mark für das Stadttheater  
500 000 Mark für die „Wuwa“

die jetzt mit einem Defizit von einer halben Million geschlossen wurde. Sie bewilligte alle Mittel für die Bürgerkriegsarmee, die Breslauer Schupo, deren Etat in diesem Jahre 1 426 700 Mark beträgt.

Und das in der Stadt des größten Wohnungselends, der stärksten Erwerbslosigkeit. 42 000 Werttätige sind beim Wohnungsamt gemeldet. 7000 sind als bringlich vorgemerkt, darunter schwer Lungentranke, Kriegsbeschädigte usw. Die Zahl der Erwerbslosen beträgt zirka 30 000. Für die Massen der Wohnungselenden, für die Erwerbslosen ist kein Geld vorhanden. Doch für Schupo, Stadttheater, „Wuwa“ sind genügend Mittel da. Betrachten wir die Gehälter der oberen städtischen Beamten. Der Oberbürgermeister Dr. Wagner bezieht

36 000 Mark pro Jahr,

der sozialdemokratische zweite Bürgermeister Macho erhält 25 000 Mark jährlich. Hinzu kommen noch 8 000 Mark an Reisekosten, von denen er nach Beschluß seiner Partei nur 100 Mark monatlich abzugeben braucht.

## Wählt Kommunisten! Liste 6

Weit davon entfernt, die Riesengehälter der Magistratsbürokraten abzubauen, hat die linke sozialdemokratische Fraktion noch diese Ausgaben durch ihre Prüfendenwirtschaft erhöht. Bei der Festsetzung des Ruhegehaltes rechnete sie ihrem Stadtrat Schramm, der zirka 1000 Mark monatlich Gehalt bezieht, seine Tätigkeit bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse, die fast zehn Jahre zurückliegt, an. Das Zentrum stimmte dafür, weil die sozialdemokratische Fraktion bei der Festsetzung des Ruhegehaltes für den Zentrumsabtrat Przybylla ihm seine Dienstjahre bei der Post angerechnet hatte.

Statt Vertretung von Arbeiterinteressen schamlose Prüfendenwirtschaft!

Das war die Politik der linken sozialdemokratischen Fraktion. In Worten radikal, in ihren Taten aber arbeitfeindlich und sozialistisch. In Worten weiterten sie vor Annahme des Konkordats gegen die Unterstützung der Kirche, nach der Annahme des Konkordats durch ihre Parteigenossen lehnten sie den kommunistischen Antrag auf Streichung der Ausgaben für den nebenamtlichen Religionsunterricht in den Volks- und Mittelschulen ab und warfen der Kirche Tausende von Mark in den Magen. Sie bewilligten ferner 100 000 Mark für die Ständeschulen der Bourgeoisie.

Arbeiter, urteilt selbst! Ist diese Politik, die die „Linken“ Sozialdemokraten 1½ Jahre lang getrieben haben, nicht der schändlichste Arbeiterverrat? Ist es nicht derselbe Betrug, wie man ihn täglich bei der Gesamtspolitik der SPD beobachtet? Jene Politik, die Kinderpeinigungen versprach und Panzerkreuzer bewilligte? Die Senkung der Lohnsteuer ankündigte und den Besitzenden Millionen an Steuern schenkte! Die Erhöhung der Unterstützungssätze versprach und durch Annahme des Hungergesetzes am 3. Oktober Hunderttausende von Erwerbslosen und Krisenunterstützungsempfänger dem Hungertode preisgab. Es ist ein und dieselbe Politik. Im Reichstag wie im Landtag, in der Provinz wie im Rathhaus.

Darum, Werttätige Breslaus, am 17. November keine Stimme der Sozialdemokratie. hinaus mit den „linken“-sozialdemokratischen Arbeiterverrättern aus dem Rathhaus, heraus aus der Partei des Sozialfaschismus.

alle Stimmen am 17. November für die kommunistische Partei!

## Sozialdemokratisch-bürgerliche Mikrowirtschaft im Niederschlesischen Provinziallandtag

Die sogenannte „Selbstverwaltung“ ist eine Fiktion wie in der Kommune so auch in der Provinz. Provinz und Kommune sind Organe des kapitalistischen Staatsapparates. Während aber die Arbeiterschaft dem Leben in der Kommune größere Beachtung schenkt, wird der Aufgabekreis der Provinziallandtage und des Provinzialausschusses unterschätzt. Und doch sind Provinziallandtag und Provinzialausschuß wichtige politische Körperschaften. Der Provinziallandtag wählt die Mitglieder für den Staatsrat. Der Provinzialausschuß die Mitglieder für den Reichsrat.

Der Provinzialausschuß wird vom Provinziallandtag gewählt und führt die Geschäfte. Er wiederum wählt den Provinzialrat. Dieser ist zuständig für die Entscheidung von Beschwerden gegen die Beschlüsse des Bezirksausschusses (Organ des Regierungspräsidenten). Der Provinzialrat ist die oberste Behörde der kapitalistischen Staatsaufsicht über die Kommunalverwaltung in der Provinz.

Der Provinzialausschuß wählt die Mitglieder zum Bezirksausschuß, ferner zum Finanzgericht beim Landesfinanzamt, zum Gewerbesteuer-Berufungsausschuß. Er hat seine Zustimmung zu geben zur Bezeichnung der Mitglieder des Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten usw.

Da die kommunistische Fraktion im letzten Provinziallandtag nur vier Mitglieder zählte, hatte sie keinen ständigen Sitz im Provinzialausschuß, sondern nur einen Ersatzmann, der nur einige Male an den Versammlungen teilnehmen konnte, wenn der zuständige Vertreter — ein SPD-Mann — verhindert war.

Die Sozialdemokraten, die 41 Mitglieder im letzten Provinziallandtag hatten, waren gegenüber deutschnationalen, Zentrumselementen, Volksparteilern usw. in der Minderheit. Sie mimten anfangs wortwörtliche Opposition, gaben aber dem Etat — abgesehen von einer Ausnahme, wo sie Stimmenthaltung übten — ihre Zustimmung. Ihr Ziel im Provinziallandtag war: Heran an die Futtertröpfe, hinein in die Provinzialverwaltung.

Auf der Basis eines Schachergeschäftes mit den deutschnationalen und den Volksparteilern — das durch Abgabe weißer Stimmzettel verdeckt wurde — würden die Sozialdemokraten Tisch und Stühle mit Jahresgehältern von 18 000 Mark zu Landesräten gewählt.

Auch deutschnationale und Volksparteiler erhielten auf derselben Basis neue Prüfenden. Trotz der „Finanznot“ wurden, um den Appetit der SPD zu stiften,

zwei neue Landesratsstellen geschaffen.

Jemehr die SPD sich auch in der Provinz mit dem Verwaltungsapparat verknüpfte, desto offener arbeitfeindlicher wurde ihre Haltung. Während die „Volkswacht“ Scheinradikale Töne gegen den Landeshauptmann von Thier anschlug, ging die SPD unter Führung von Macho und Janotta mit dieser Verwaltung durch dick und dünn.

Die sozialdemokratische Fraktion im Provinziallandtag lehnte die kommunistischen Anträge auf Streichung der Pfaffengehälter in den Anstalten der Provinz ab. Sie stimmte in der letzten Sitzung des Provinziallandtages den kommunistischen Antrag, die Sätze für die Verpflegung in den Anstalten um 10 Prozent zu erhöhen, nieder.

Sie bewilligte aber:

Die Subventionen für die Luftfahrt,  
Die Unterstützung des Stadttheaters mit jährlich 100 000 Mark.  
Sie bewilligte 100 000 Mark für die Wuwa, die jetzt nach dem Defizit endgültig verloren sind.

Die kommunistischen Anträge betreffend Aenderung des Reichsjugendgesetzes, betreffend Hilfe für die Hochwasserschädigten, die Anträge zur Bereitstellung von Mitteln für die Notstandsarbeiten wurden von der SPD abgelehnt.

In Gemeinschaft mit den deutschnationalen, Volksparteilern usw. lehnten die Sozialdemokraten aus „Sparameitsgründen“ auch eine Vorlage der Provinzialverwaltung ab, die in Anbetracht der wachsenden Zahl der Geisteskranken die Errichtung einiger neuer Anstalten forderte. Die sozialdemokratische Fraktion erwiebsich also noch reaktionärer als der reaktionäre deutschnationale Landeshauptmann. Worte und Taten der SPD in der Provinz stehen im schreiendem Gegensatz. Wochenlang schrie die „Volkswacht“ über den Finanzskandal bei der Auseinandersetzung zwischen den Provinzen Niederschlesien und Oberschlesien. Ihr Sprecher Bandmann aber verfaßte in der Untersuchungskommission, die monatelang nicht zusammenkam,

eine Resolution,

die eine Rechtfertigung der Verwaltung bedeutete.

Für diese Resolution stimmten die Sozialdemokraten, deutschnationalen und Volksparteiler in trauter Harmonie. Nur der kommunistische Vertreter stimmte dagegen.

So hat die SPD auch in der Provinz sich gezeigt als die Partei der Korruption, des Prüfendenwachens, der offenen Unterstützung der Kriegsverstärkungen, der Liebesdienste für die Pfaffen und des schändlichen Arbeiterbetruges.

Wer mit der kommunistischen Partei gegen die Pfaffenherrschaft in den Zwangserschulungsanstalten, in denen Proletarierkinder zu Grunde gerichtet werden, wer gegen die Hungertote in den Anstalten, gegen die Verelendung provinzieller Mittel, wer für Schaffung von Notstandsarbeiten und Hilfe der Provinz für die Erwerbslosen und Kriegsbeschädigten kämpfen will, der wählt am 17. November

Liste 6!

Verantwortlich: Alfred Thomaß, Breslau — Druck: „Reubag“, P. L. Breslau

## Blut und Leichen in Breslaus Straßen —

das sind - nach den Worten unseres Oberbürgermeisters Dr. Wagner - die Aussichten für den Winter! Das sind die Ergebnisse bürgerlich-sozialdemokratischer Koalitionspolitik

## Werkstätige von Breslau, holt euch Aufklärung! Kommt recht zahlreich in die öffentliche Wahlversammlung

Freitag, 20 Uhr, im Saale des „Schießwerders“ Landtagsabgeordneter Gen. E. Wollweber spricht Josef Keim und Karl Paryla (Vereinigte Theater) rezitieren



# Kommunale „Selbsterverwaltung“

# Erwerbslose, Wohlfahrtsempfänger!

## „Blut wird in den Straßen Breslaus fließen“

Warum?  
Weil die bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit im Reichs-Landes- und Kommunalparlament durch ihre Politik auch das Brot vom Tische nimmt! Die Stadtverwaltung Breslaus kündigt an, daß sie in nächster Zeit nicht mehr die Wohlfahrtsunterstützung zahlen kann, weil angeblich kein Geld da ist.  
Für Reichswehr, Polizei, Kirche, Zuschüsse an die Unternehmen werden Millionen hinausgeworfen.  
Die hohen Beamten beziehen Riesengehälter. Der Breslauer Oberbürgermeister hat z. B.

36 000 RM. Jahresgehalt

Die bürgerlichen und SPD-Abgeordneten haben erst jetzt wieder im Haushaltsausschuß des Reichstages gegen den SPD-Antrag auf Kürzung der Pensionen für Minister und Offiziere abgestimmt. Wer hat selbst die arbeitslose Erwerbslosenfürsorge gekürzt? Wer hat die Erwerbslosenversicherung verschlechtert? Wer hat gegen den kommunistischen Antrag auf Bewilligung von fünf Millionen Mark für die Breslauer Erwerbslosen gestimmt?

Die SPD. und die Bürgerlichen!

Ab Januar 1930 wird nach Vereinbarung derselben Parteien die Miete um 20 Prozent erhöht!  
Ab Februar 1930 werden die Hölle und damit die Preise für Getreide und Fleisch erhöht!  
Nach dem 17. November werden die Preise für Gas, Wasser und Elektrizität erhöht werden!  
Nach dem 17. November sollen auch die Zuschüsse für Wohlfahrtsempfänger gekürzt werden!  
Wer will das? Die SPD. und die Bürgerlichen!  
Wehrt euch!

Wählt am 17. November SPD., Liste 6!

Der bürgerliche Staat betrachtet die Kommunen als seine am weitesten in die Massen vorgeschobenen Organe, die die besondere Aufgabe haben, die Werkstätten über den wahren Charakter dieses Staates als eines Unterdrückungsapparates der Ausbeuterklasse zu täuschen. In den Kommunen insbesondere jene Funktionen des bürgerlichen Staates übertragen werden, deren arbeitserkennender Charakter nicht so offen zu Tage liegt, wie bei Polizei, Justiz usw., sollen die arbeitenden Massen zu dem Glauben kommen, als hätten sie wenigstens in einem Teil des Staatsapparates einen in den Kommunen — die Möglichkeit, ihre Interessen zu vertreten. Dadurch sollen sie ideologisch an den bürgerlichen Staat, an das Vaterland des Ausbeuters, gelehrt werden.

Aber so groß das Interesse der Bourgeoisie an der Erweckung von Illusionen über die möglichen „arbeitserkennenden“ Wirkungen der kommunalen Tätigkeit ist, so ist sie doch keinesfalls gewillt, die Ausführung der den Kommunen übertragene Staatsfunktionen einfach der Mehrheit der Kommunalwähler zu überlassen. Sind doch die Funktionen samt und sonders für das Bestehen des kapitalistischen Ausbeutungssystems von großer Bedeutung. Die Bourgeoisie wendet die verschiedenartigsten Methoden an, um den Gehalt der kommunalen Selbsterverwaltung zu erhalten, gleichzeitig aber Sicherungen für das unbedingt zuverlässige Funktionieren des kommunalen Apparates in ihrem Sinne zu schaffen.

Eines der wichtigsten Mittel dafür bildet die Bourgeoisie ohnehin im Gehalt ihres gewaltigen Verdummungsapparates, Kirche, Schule, Presse, Kino, Radio usw., mit dem sie breite werthaltige Massen in ihrem Sinne beeinflussen und so das Zustandekommen ihr unangenehmer kommunalmehrerarbeiten von vornherein verhindern kann. Diese Werbemittel können der Bourgeoisie erst nach ihrem Sturz und mit der Errichtung der proletarischen Diktatur abgenommen werden — bis dahin erfüllen sie gegenüber einem gewissen, zurückgebliebenen Teil der Arbeiterschaft immerhin bis zu einem gewissen Grade ihren Zweck.

Eines der wichtigsten Mittel zur Verdummung der Arbeitermassen und ihrer geistigen Fesselung an das Kapital ist aber das Bestehen der Sozialdemokratie, die wiederum, um Arbeiter an der Nase führen zu können, gelegentlich so tun muß, als ob sie Arbeiterinteressen vertrete und nur durch „höhere Gewalt“ lieber verhindert sei, ihre Forderungen durchzusetzen. In der Richtung erweist sich als besonders wirksam das Magistralesystem, d. h. die Beschränkung der Rechte der gewählten Gemeindevertretungen durch ernannte oder auf sehr lange Zeit gewählte Beamtenkörperlichkeiten. Die SPD. ist überall mit größter Sorgfalt darauf bedacht, diese Körperlichkeiten so zu gestalten (selbst dann, wenn sie sonst erreichbare Futtertrögenplätze opfern muß), daß sie eine höhere Gewähr für die Ablehnung von Gemeindevortragsbeschlüssen, denen die SPD-Vertreter unter Massendruck zustimmen müssen, bieten. In weiterer Instanz wirken in der gleichen Richtung die Rechte der Aufsichtsbehörden, auf Unterbindung der Durchführung kommunaler Beschlüsse, auf endgültige Entscheidung in Personalfragen usw. Selbst dann, wenn diese Aufsichtsrechte — was gewöhnlich der Fall ist — durch sozialdemokratische Regierungspräsidenten und Landräte ausgeübt werden, bieten sie doch zumindest der örtlichen Sozialdemokratie, die von den Massen härter kontrolliert wird, eine bequeme und von ihr bewußt angestrebte Ausrede für die Durchkreuzung aller proletarischen Forderungen.

Einsprüche des Magistrats und der Aufsichtsbehörden sind außerordentliche Mittel, die in ähnlichen Situationen zur Rettung der reformistischen Demagogie eingesetzt werden. Aber ununterbrochen hält das Finanzkapital alle Teile der kommunalen Verwaltung in seinen Händen durch die Wirksamkeit der im bürgerlichen Geiste erzogenen und von der Bourgeoisie abhängigen Bürokratie und durch die wirtschaftliche Abhängigkeit der Kommunen und der kommunalen Betriebe vom Finanzkapital, den Großbanken. Unbekümmert um den Willen der proletarischen Wähler leitet die Bürokratie die Kommunalarbeit so, wie es ihrer wahren Herrin in der Stadt nahe ist. Und sollte eine Gemeindevverwaltung wirklich gegen den Stachel lösen, dann würden sich die goldenen Ketten der finanziellen Abhängigkeit als unbedingt wirksam erweisen.

Besonders raffiniert sind jene Methoden der „Sicherung“ der kommunalen Verwaltung, die an das eigene „Verantwortungsbebewußtsein“ der kommunalen Wähler appellieren, indem sie auf dem Wege des Finanzausgleichs die der Kommune zur Verfügung stehenden Mittel beschränken. Jene Ausgaben, an denen die Bourgeoisie ein besonderes Interesse hat, werden den Kommunen durch die geltenden Vorschriften zwangsläufig auferlegt, für diejenigen, an denen die Arbeiterschaft interessiert ist, bleibt dann einfach kein Geld und die Sozialdemokratie hat die bequeme Gelegenheit, sich auf den Finanzminister hilflos zu stellen, wenn dieser die Kommunen ändern will herauszureden. Der Bourgeoisie genügt diese Art wirtschaftlicher Bindung aber noch nicht; noch haben die Kommunen die Möglichkeit, bestimmte Steuerzuschläge zu erheben, und da das sozialdemokratische Argument, daß man „auf die Tragfähigkeit der Wirtschaft Rücksicht nehmen müsse“, auf hungernde Arbeitermassen wenig Wirkung hat, würden die sozialdemokratischen Aufsichtsbehörden nur so oft in die Lage kommen, gegen kommunale Beschlüsse auf Steuererhöhung im Interesse der Wirtschaft „Einspruch“ erheben zu müssen, zum Schaden ihrer Partei. Da haben nun die Helferlinge und Reichthümer ein sehr raffiniert gedachtes System angedacht, das die „Selbstverantwortung“ der proletarischen Mehrheit in den Kommunen sichern soll: man will den Kommunen das Recht nehmen, zu bestimmten Zuschlägen zu erheben und will sie ausschließlich auf Einnahmen aus Rentensteuern (Körperssteuer, Mietzinssteuer, Körperschaftsteuer) beschränken. Jeder Beschlag einer proletarischen Mehrheit auf Erhebung irgendwelcher sozialer Ausgaben würde so unvermeidlich zu einer Steigerung der Klassen-

belastung führen, und diese sichere Aussicht soll die proletarischen Wähler an der Abstimmung für die Kommunisten und an der Forderung nach Errichtung der Sozialdemokratie hindern.

Man sieht die „kommunale Selbsterverwaltung“ ist ein raffiniertes Schwandl, bestimmt, den Arbeitern die Augen zu schließen gegenüber der Not und unabwehrbaren Katastrophe, daß im bürgerlichen Staat alle Teile dieses Staatsapparates, also auch die Kommunen, Herrschaftsinstrumente der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse sind. Wir Kommunisten erwecken in den Arbeitermassen keine Illusionen über eine mögliche Verringerung dieses Zustandes vor dem Sturz der Bourgeoisie und der Abschaffung des bürgerlichen Staates: erst die Sowjets, auf Grund wahrer proletarischer Demokratie gewöhnt, können eine proletarische Selbsterverwaltung in den Kommunen verwirklichen. Wir Kommunisten kämpfen gegen die Beschränkung der kommunalen Selbsterverwaltung, gegen Magistratsverfassung, Bürokrate, Aufsichtsbehörden und Finanzausgleich, nicht weil wir irgendwelche Illusionen über eine mögliche Verringerung des Charakters der Kommunen im bürgerlichen Staat haben, sondern weil wir in diesen Dingen wichtige Instrumente der Bourgeoisie zur Zerschlagung der Arbeiterschaft, zur Täuschung breiter Massen über das Wesen des bürgerlichen Staates und über die Rolle des Reformismus sehen, die im Interesse der Sammlung der Arbeitermassen unter der Fahne der Revolution entlarvt werden müssen.

Wir fordern die Arbeiter auf, am 17. November ein kommunistisches Wahlrecht zu wählen, nicht weil dadurch die Kommunen aufgehoben werden, Teile des bürgerlichen Staates zu sein, sondern weil die Arbeiterschaft durch die Demonstration eines gewaltigen kommunistischen Wahlsieges zeigt, daß sie gegen die räuberischen Pläne der Bourgeoisie, insbesondere gegen die geplante Abwälzung aller kommunalen Lasten auf die Arbeiterschaft, kämpfen will und weil eine solche Demonstration das Kräftebewußtsein der Arbeiterschaft in allen Auseinandersetzungen mit dem Kapital erhöht.

Die rote Wahl am 17. November soll ein Ausstoß wachsender außerparlamentarischer Massenkämpfe sein, die in letzter Konsequenz den bürgerlichen Staat und die bürgerliche Kommune zerschlagen werden.

## Die Forderungen der Kommunisten:

# Kampf gegen Wohnungsnot und Wohnungselend

Zur Besehung der Wohnungsnot werden nach Errichtung der proletarischen Diktatur, die von den Kommunisten mit allen Mitteln angestrebt wird, sofort folgende Maßnahmen für die werktätige Bevölkerung durchgeführt:

1. Entschädigungslose Enteignung des großen Hausbesitzes, des Baugeländes und der Bauhoffbetriebe.
2. Beschlagnahme der Großwohnungen der Bourgeoisie, und Aufteilung dieser Wohnungen nach sozialen Gesichtspunkten an die werktätige Bevölkerung.
3. Festsetzung der Miete — unabhängig vom Raumbedarf — nach sozialen Gesichtspunkten, lediglich zur Deckung der Instandhaltungs- und Betriebskosten der Hausgrundstücke.
4. Uebertragung der Verwaltung der enteigneten Hausgrundstücke auf die Gemeinden oder kommunalen Mietergenossenschaften.
5. Schaffung von besonderen Fonds zur Sicherung der Instandhaltung der Hausgrundstücke mit niedrigem Mietaufkommen.
6. Aufstellung und Durchführung eines umfassenden Wohnungsbauprogramms.
7. Uebernahme des gesamten Wohnungsbaus als Staats- und Gemeindeaufgabe, unter Mitwirkung von Mieter- und Arbeitergenossenschaften.

Zu kapitalistischen Staat kämpfen die Kommunisten um folgende Mieter- und wohnungspolitischen Tagesforderungen:

1. Großzügige Belämpfung der Wohnungsnot und des Wohnungselends durch planmäßigen Wohnungsbau auf Kosten

2. der großen Vermögen und Einkommen.
2. Herstellung von genügend gesunden und hygienisch einwandfreien Arbeiterwohnungen durch die Kommunen in eigener Regie.
3. Vereinfachung von Reichs- und Staatsmitteln für den kommunalen Wohnungsbau durch Streichung arbeitserkennender Ausgaben; Einführung von besonderen Befreiungen (Wohnungszugsteuer usw.) zur Förderung des Arbeiterwohnungsbaus.
4. Keine Abgabe von städtischem Grund und Boden an Privatskapital; Enteignung des notwendigen Bau- und Siedlungsgeländes; Kommunalisierung der Bauhoffbetriebe zur Beseitigung des Boden- und Bauhoffwuchers.
5. Vollige Beseitigung der Hauszinssteuer und entsprechende Senkung der Mieten.
6. Solange die Hauszinssteuer besteht, Herabsetzung der Mieten auf 100 Prozent der Friedensmiete; Senkung der Neubaukosten auf den Friedensmietenstand der Altbauwohnungen und restlose Verwendung der Hauszinssteuererträge für den Arbeiterwohnungsbaubau.
7. Aufrechterhaltung des Mieterschutz-, Wohnungsmangel- und Reichsmietengesetzes, sowie deren Ausbau zu einem wirksamen sozialen Miet- und Wohnrecht.
8. Schaffung einer wirksamen Wohnungsaufsicht und -pflege durch die Kommunen; Wahl der Wohnungspfleger aus den Kreisen der Arbeitermieter.

# Wie lebt der Arbeitslose in der Sowjetunion

## Zustände gegen sozialdemokratisch-zentrierte Lügen — Erwerbslosenfürsorge ohne Belastung der Arbeiter in Sowjetrußland

Nach dem vollzogenen Unterstüßungsraub an den Erwerbslosen in Deutschland durch die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Nazi und die übrigen bürgerlichen Parteien, versuchen jetzt diese Verbrecher an den Kersten der Armen von ihren Schandtatzen abzulenken, indem sie in Wahlflugblättern usw. behaupten, daß es den Arbeitslosen in der Sowjetunion noch schlechter ginge, als den Nationalisierungsopfern des deutschen Trustkapitals.

Jeder Erwerbslose kann auf Grund eines kurzen Vergleichs mit seinem Hungerelend in der „demokratischen“ Republik unter einer sozialfaschistisch-zentrierten Koalitionsregierung die bedeutend bessere Lage der Arbeitslosen im Lande der proletarischen Diktatur erkennen.

Werden im Verlaufe der sozialfaschistischen Nationalisierung zur Beschleunigung des sozialfaschistischen Anbaus vorübergehend Arbeiter entlassen, dann erhalten sie drei Monate nach ihrer Entlassung von der roten Betriebsleitung ihren vollen Lohn ausbezahlt. Nach drei Monaten erhalten dann die Arbeiter zwei Drittel des Lohnes weiterbezahlt, bis dann nach einem halben Jahr Arbeitslosigkeit die üblichen Unterstüßungsätze in Kraft treten.

Die Dauer der Unterstüßung beträgt neun Monate im ersten und gegebenenfalls im zweiten Jahre der Arbeitslosigkeit. In der Regel ist der Unterstüßungsatz 26 Rubel, gleich 52 Mark monatlich. In diesen Sätzen werden Familienzuschläge entsprechend der Familienkarte bis 35,10 Rubel, gleich 70,20 Mark bezahlt. Dazu kommen noch die üblichen Beihilfen, wie: Wohnung, verbilligtes Essen, verbilligte Straßenbahnfahrten, Freikarten für Theater, Kino usw. Selbst der sozialfaschistische Unterstüßungsgräber Sellmann muß in der „Ameisigen Zeitung“ zugeben:

„Die Arbeitslosenunterstützung wird in Rußland im

Rahmen der Sozialversicherung gewährt. Die Beiträge zur Sozialversicherung werden ausschließlich von den Betriebsleitungen gezahlt.“

Schon diese wenigen Tatsachen genügen, um zu beweisen, daß die Realunterstützung im Arbeiterstaat bedeutend höher ist als in der kapitalistischen Hindenburg-Republik. Außerdem werden durch den Fünfjahresplan und die ununterbrochene Arbeitswoche vier bis fünf Millionen neue Arbeitskräfte in den Produktionsprozess eingereiht und wird dadurch die Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion immer mehr vermindert bis zu ihrer völligen Beseitigung, während sie in Deutschland infolge der ausbeuterischen kapitalistischen Nationalisierung immer riesiger werden wird.

## Bestellschein

Bestelle hiermit ab ..... die

# Arbeiter-Zeitung

(für Schlesien und Oberschlesien \*)

Name: .....  
Wohnung: .....  
Vorberhaus — Seitenhaus — Quergebäude — Treppen

Dieser Schein ist ausgefüllt in einer unserer Expeditionen abzugeben bzw. mit 5 Pf. frankiert an den Verlag, Breslau 10, Trebnitzer Str. 50, zu senden. Außerdem nehmen alle Postanstalten Bestellungen entgegen. \*) Nichtgewünschtes bitte durchstreichen.

## Beitritts-Erklärung

Hiermit beantrage ich meine Aufnahme in die  
**Kommunistische Partei Deutschland**

Vor- u. Zuname: .....  
Geburtsdag, -jahr u. -ort .....  
Wohnort: ..... Straße Nr. ....  
Beruf: .....


Ort und Unterschrift

Dieser Schein ist ausgefüllt an einen Funktionär der SPD. abzugeben oder an das Sekretariat der SPD., Breslau, Freibstr. 50, einzusenden



# Breslau

## Stimmzettel zu den Wahlen in Schlessen Provinzial-Landtags-, Kreis-, Stadt- und Gemeinde-Parlamente

1	1
2	2
3	3
4	4
5	5
6	6 
7	7
8 usw.	8

So mußt Du wählen  
Dein Kreuz ins Feld **6**

## Versammlungen der Kommunistischen Partei

Heute, Mittwoch, um 20 Uhr, im „Jägerhof“, Gräbchener Straße 112, öffentliche Wahlversammlung der KPD. Thema: „Warum wählt jeder Vertätigte KPD?“ Referent: Genosse Kellermann. Berlin: Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleinrentnerbetriebe, erschwert zahlreich!

Heute, Mittwoch, um 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung der KPD in Oswitz, Lokal „Paradies“. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, 19.30 Uhr, kombinierte Funktionärssitzung von Partei, Arbeiterwehr, Jugend, Rote Hilfe und Roter Frauen- und Mädchenband des Stadtteils West im „Anglerheim“, Leuthenstraße. — Donnerstag, um 19.30 Uhr, im „Riple-Ausgang“, Lange Gasse 2, allgemeine Mitgliederversammlung der genannten Organisationen.

Donnerstag 20 Uhr bei Kahlerschle, Hirschstraße, Ecke Poststraße eine kombinierte Versammlung aller Genossen der Partei, der Arbeiterwehr, der KPD, des KPD, der Jugend des Stadtteils Ost und des Zweck-Einzelung zum Wahlsonntag. (Die Uebungsstunde der Arbeiter-Schalmeykapelle fällt Donnerstagabend aus.)

### Der Buchdrucker-Verband warnt, SPD. zu wählen

Das eben herausgekommene Mitteilungsblatt der Ortsgruppe Breslau des Buchdruckerverbandes bringt einen kurzen Wahlaufsatz, in dem aufgefordert wird, „keine Stimme den bürgerlichen Parteien“ zu geben. Wenn diese Parole auch etwas unklar ist, darf doch wohl angenommen werden, daß die Warnung sich auch auf die Sozialdemokratische Partei bezieht, die durchaus ihren Namen nach einer bürgerlichen Partei ist. Eine solche Erkenntnis ist auf jeden Fall zu begrüßen; besonders erfreulich ist noch dabei, daß ihre Festlegung als Drucksache in der „Volksmacht“-Druckerei erfolgte. Daß euch bei man bloß nicht schadet!

### Der tägliche „Landesverrat“

Gestern Dienstag stand vor dem Erweiterten Schöffengericht der 23 Jahre alte Buchhalter Franz Lapka, ein Pole aus Bielitz. Er soll im Jahre 1929 im Inlande mit einer Person in Verbindung gestanden haben, die wichtige Nachrichten an eine ausländische Regierung weitergab. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu zehn Monaten Gefängnis.

### Auf dem Wertheimbau

Schweidnitzer Straße ist gestern Dienstag der Zimmermann Richard Eißler, 23 Jahre alt, beim Abrücken aus 13 Meter Höhe abgestürzt. Er erlitt schwere Verletzungen und gab nur noch schwache Lebenszeichen von sich.

### Die Karten für die Revolutionsfeier

müssen sofort im Parteisekretariat, Feldstraße 50, abgerechnet werden.

Strahnenauß. Auf der Goethestraße wurde gestern gegen 17.30 Uhr die Wirtin Magda Schmidt, Goethestraße 60, von einer Radfahrerin, der Schülerin Richter, überfahren. Sie blieb bewußtlos liegen.

Schauspielhaus. Heute 16 Uhr „Kottappchen und der Wolf“. 20 Uhr „Marta“ mit Margit Suchy und Kammerjäger Richterlein als Maria.

Volkshaus. Zu dem Konzert, das Hermann Scherchen mit dem Königsberger Rundfunk-Orchester am 13. November im großen Konzertsaal gibt, bei dem u. a. die 7. Sinfonie von Beethoven und ein Omet von Strawinsky zur Aufführung gelangen, erhalten die Mitglieder eine Ermäßigung von 25 Prozent gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte, bei der Konzertdirektion Gaimauer.

## Mittelschlesien

Strehlen. Anprangerung von Verleumdern. Am Sonnabend trat der Ruhland-Delegierte der Steinarbeiter, Genosse Vank, seine Reise an. Die Strehleiner Arbeiterschaft begleitete ihn mit Buhe bis zum Bahnhof. Einigen SPD-Leuten ist der Schred in die Knochen gekommen.

## Aus unserer Kabbe: Enthüllungen

# Korruptionsstandal um einen deutsch-nationalen Stadtverordneten

Breslau, 18. November.

Die Deutschnationalen lieben es besonders, sich als Hüter von „Reinlichkeit, Moral und Sitte“ hinzustellen. Ein großer Teil ihres Wahlkampfes besteht aus dem Herausbrüllen dieser Schlagworte. Schon der Fall Ellarel hat bewiesen, daß diese Gesellschaft alle Ursache hätte, über Korruption Schuld zu empfinden. Wetteilerien sie doch mit der Sozialdemokratie darin, wer von ihnen die am meisten korrupte Partei ist. Doch nicht nur in Berlin sind die Deutschnationalen alles andere als eine saubere Partei. In Breslau z. B. ist jeder der letzten Korruptionsstandal mit dem Namen bekannter Deutschnationaler verknüpft. Der betrügerische Oberförster Hans war Deutschnationaler, der Betrüger Witz war ein den Deutschnationalen nicht abgeneigter Nazi-Mann, der von ihm bestochene Reefe war deutschnationaler Bürgerdeputierter.

Und in den neuesten Standal ist der deutschnationale Stadtverordnete Wilhelm Scholz verwickelt.

Dieser edle Stadtwater, ein Steinsehmeller, der seine Beziehungen geschickt auszunutzen verstand, um städtische Aufträge zu bekommen, hat einen Bruder, der ebenfalls Steinsehmeller (und selbstverständlich auch deutschnational) ist. Er hatte nur das Pech, vor einigen Jahren dabei gefaßt zu werden, wie er große Mengen Zement, der der Stadt gehörte, stahl. Damals wurde diese Herbe des nationalen Handwerks pro forma von allen städtischen Arbeitern ausgeschlossen, und weil die Sache ruchbar geworden war, mußte

seiner Bruder Wilhelm eingekerkert. Eine viermonatige Gefängnisstrafe folgte.

Doch wozu hat man einen Bruder, der Stadtverordnete ist? dachte Zement-Scholz.

Und es dauerte nicht lange, und der eben wegen Betruges an der Stadt verurteilte Steinsehmeller bekam wieder städtische Aufträge zur Ausführung.

Sein Bruder Wilhelm hatte es in der Deputation, der er angehörte, durchgesehen.

Wettermänner! Kämpfer gegen die Korruption, wie man sie sich nicht besser (so wie wir es meinen) vorstellen kann. Doch das Allerneueste, was noch niemandem bekannt ist, ist die Tatsache, daß gegenwärtig die Geschäftsbücher der Steinsehmirma Wilhelm Scholz (also des Stadtverordneten) eingezogen und auf Unregelmäßigkeiten hin untersucht werden.

Wir protestieren dagegen, daß der Magistrat derartige Korruptionsfälle so im stillen Kämmerlein behandelt. Er tut es offensichtlich aus Rücksicht auf die Deutschnationalen. (Bis heute ist z. B. auf unsere Aufdeckung der Zusammenhänge Nichts. — Nichts noch nicht geantwortet worden.) Wenn man glaubt, die Dinge damit totschweigen zu können, wird man sich schwer täuschen. Wir rufen die werktätige Bevölkerung zum Kampf gegen die Korruption auf. — Ausmitten ist die Parole. Am 17. November heißt es deshalb, die kommunistische Partei zu wählen!

## Wer in der SPD. opponiert, wird verklagt

Rundt-Jünische verklagen von neuem Kneiff-Kirchlein — Arbeiter, macht Schluß mit der Korruptionspartei

× Bekanntlich herrscht in der Sozialdemokratischen Partei „volle Meinungsfreiheit“. Man kann, wie es in Flugblättern und ähnlichen Elaboraten so schön heißt, ruhig die Gegenseite austragen, es herrscht „größte Achtung vor der Ansicht des anderen“. Wofür die nachstehenden Tatsachen den überzeugenden Beweis liefern.

Die „Parteilogen“ Rundt und Jünische, zwei Angestellte des Baugewerksbundes, haben vor einiger Zeit die Lieben „Parteilogen“ Kneiff und Kirchlein, zwei Stadtverordnete, vor dem bürgerlichen Gericht verklagt, und zwar wegen des Parteiausflußantrages (!) gegen den Gewerkschaftssekretär Wetze, in dem behauptet wurde, das edle Dreigestirn Wetze-Rundt-Jünische habe mit Unternehmern Sausgelage veranstaltet. Es kam, wie wir bereits berichteten, zur Verhandlung, und hier machten die „stüblich Beleidigten“ K. und J. den Vorschlag, K. und R. sollten die Vorwürfe zurücknehmen, dann würden sie, die K. und J., die Klage fallen lassen und obendrein die Gerichtskosten bezahlen. In der letzten Vertreterversammlung der SPD. wurde in der Diskussion auch dieser „Ehrenhandel“ erwähnt. K. und J. behaupteten, die Unwahrheit der gegen sie erhobenen Vorwürfe sei bereits vor Gericht erwiesen, während K. und R. (mit Recht) das Gegenteil sagten, nämlich, daß das Vergleichsanerbieten der K. und J. ein Beweis ihres Schuld-bewußtseins sei.

Raum hatten die K. und J. das vernommen, gab es einen mächtigen Knack, brüderliche Ohrfeigen folgten und dann lief alles nach Hause, rachehungrig, zornbebt. Zum Gericht, war die Parole! Keiße nicht etwa vor das Parteischiedsgericht. Was ein guter Sozialdemokrat ist, der geht gleich vor das bürgerliche Gericht, durch alle Instanzen, wenn es sein muß, bis zum Reichsgericht.

So auch Rundt und Jünische. Sie stellten wegen der Behauptung, ihr Vergleichsvorschlag wäre ein Eingeständnis ihres Schuld-bewußtseins, eine zweite Beleidigungsklage. Was die Kneiff und Kirchlein sehr böse gemacht hat, denn man konnte sie in den letzten Tagen laut schimpfen hören. Von wegen der Tatsache, daß eine „politische Opposition“, die sie sich einbilden zu treiben, sogar vor den bürgerlichen Richterstuhl führe.

Ein wahrhaft geniales Rezept, Parteiauseinandersetzungen zu

unterbinden. Man verantere es im Statut jedweden örtlichen Wahlvereins; man lasse es durch den nächsten Parteitag sanktionieren! In Zukunft schide Herr Rechtsanwalt Gschlein bei Eröffnung sozialdemokratischer Vertreter- oder Mitgliederversammlungen der Diskussion immer erst eine juristische Belehrung voraus mit der Generalwarnung: Wer Opposition macht, wird dem Richter übergeben. (Im übrigen kann sich Edkneiff für vorkommende Fälle gleich als Rechtsbeistand empfehlen.) NB.: So unangenehm man bei der Gepreh untereinander ist, so „duldsam“ ist man gegen uns. Wie war es doch gleich, Herr Wetze? Sie sollten doch, um nachzuweisen, daß die mit Ausflußantrage gegen Sie gerichteten Ehrenrührigen Vorwürfe nicht stimmen, uns, die „Arbeiter-Zeitung“, verklagen. Zum Schiedsman sind Sie ja auch gegangen. Und als wir uns selbstverständlich nicht im stillen Kämmerlein eines Schiedsmannes, wie Sie wollten, „verglichen“, sondern sagten, wir hätten das brennende Interesse, diese Dinge in öffentlichlicher Gerichtsverhandlung zu erledigen, da war ihnen plötzlich die Lust am Verklagen vergangen. Warum wohl? Weil Sie und der Parteivorstand wissen, daß unsere Vorwürfe gegen Sie unwiderlegbar sind. Wir sagen offen, daß wir alles tun, Sie zu einer Klage zu provozieren. Tun Sie uns doch den Gefallen und klagen Sie. Das würde ein Täuschen werden. Oder, warum haben Sie nicht wenigstens, gegen den doch die schwersten „Beleidigungen“ gerichtet waren, Ihre „Parteilogen“ Kneiff und Kirchlein verklagt? Warum durften das bloß Rundt und Jünische machen? Antworten Sie, wenn Sie den Mut dazu haben.

Über nein, Sie (und mit Ihnen der „linke“ Parteivorstand) werden Schweigen. Sie wollen die Sache vertuschen. Doch Sie sollen die Rechnung ohne uns gemacht haben. Wir werden die sozialdemokratischen Arbeiter immer wieder fragen, ob sie in einer Partei bleiben wollen, die Korruptionshelden von Ihrem Schlage stützt und schützt. Und wir sind sicher, daß der noch nicht ganz verhehte Teil der sozialdemokratischen Arbeiter einmal daraus die Konsequenzen ziehen wird. Die erste Quittung gilt es, der Korruptionspartei am Sonntag zu erteilen, indem jeder ehrliche, auf Sauberkeit haltende Arbeiter seine Stimme der kommunistischen Partei, Liste 6, gibt!

Arbeiterchaft fertig gebracht hat, einen Genossen zu entleeren, den sozialistischen Aufbau der Sowjetunion zu studieren. In ihrer Wut verleumdete sie führende Kommunisten. So wurde von dem Mustler und Expedienten Zacher die faustbide Lüge verbreitet, daß von der Kapelle des Arbeiter-Musikvereins 13 Mann gespielt hätten, und daß unser krankgemeldeter Genosse Andreazza mitgespielt habe. Z. betonte noch, daß sich wohl jemand finden und unserm Genossen das Krankengeld zu Wasser machen würde (!). Was ist nun wahr? Tatsache ist, daß nicht der Zug nur 40 Mann stark war, sondern 80-100 Mann. 2. Daß nicht von den Spielern 13 Mann, sondern die ganze Kapelle in Stärke von 19 Mann gespielt hat. 3. Daß unser Genosse Andreazza nicht mitgespielt hat, da er bereits drei Wochen krank im Bett liegt und so schwach ist, daß er nicht einmal laufen kann. — Den Expedienten ist keine Gemeinheit zu schön, wenn sie nur Kommunisten denunzieren können, und wenn auch alles erkunten und erlogen ist. Wir stellen öffentlich fest: Zacher ist ein gemeiner Lügner. Bemerkenswert ist noch, daß die „Volkszeitung“ schrieb, das gesammelte Geld für den Ruhland-Delegierten sei für den „Kommunisten-Gaunster Andreazza“, damit er zum Reichskongress der Gewerkschaftsopposition fahren kann. Keine Angst, ihr Jungen von der SPD! Wenn auch Genosse Andreazza wegen seiner Krankheit nicht fahren kann, auch zum Troz wird ein anderer oppositioneller Steinarbeiter aus Strehlen am Reichskongress der Opposition in Berlin teilnehmen.

Ganz. Totschlag. Ein Totschlag ereignete sich gestern Dienstag früh auf dem Dominium Schiedlagwitz. Hier geriet der Ackerlutscher Eichner mit dem 62-jährigen Ackerlutscher Widler in Streit, weil dieser, als er die Pferde gepußt und gefüttert hatte, die Stalltür offen gelassen hatte. Eichner verprügelte den Widler so furchbar, daß er bestunntungslos zu Boden stürzte und nach kurzer Zeit verstarb.

## Versammlungskalender

Breslau  
— Abstell. Werk. Mittwoch 19 Uhr die Versammlung in der „Stadt Kammer“ aus. Dafür alles nach Oswitz in die Wahlerversammlung im „Paradies“.  
— Gewerksch. alle Parteigenossen und Mitglieder der befreundeten Organisationen treffen sich täglich 17 Uhr zur Reorganisation im „Eisenhaus“. Volkshaus. Erntedankfest um 15 Uhr.  
— Freizeits. Mittwoch 20 Uhr Gesamtsitzung der Ortsgruppe im Grünen

Kommunistischer Jugendverband  
Breslau  
— Mittwoch 20 Uhr Gesamtsitzung bei Maria Uferstraße 43. Die Funktionäre der Kreisgruppe sollen möglichst erscheinen.  
— Gruppe Süd. Mittwoch fällt der Heimabend wegen der Funktionärsitzung von Groß-Breslau aus.  
— Rote Knäuel. Donnerstag und Sonnabend Probe, Freiheitstraße.  
— West. Mittwoch 19.30 Uhr bei Melzig, Uferstraße, erheben wir Funktionäre. — Donnerstag 19 Uhr im „Anglerheim“. Freitag 18 Uhr Antreten am Stregauer Platz. Wer nicht erscheint, wird zur Verantwortung gezogen.  
Jung-Spartakus-Bund.  
Breslau  
— Gruppe Ost. Mittwoch 18 Uhr Gruppenabend bei Soudlik, Schulgrünerstraße.  
— Gruppe Nord. Donnerstag 17 Uhr alle Pioniere in der „Stadt Kammer“, Maltheustraße.  
Antifaschistische Arbeiterwehren  
Breslau  
— Rote Arbeiterwehr West. Donnerstag 19 Uhr Antreten im „Anglerheim“, Leuthenstraße 72. — Freitag 18.30 Uhr Antreten am Stregauer Platz.  
Roter Frauen- und Mädchenband  
Breslau  
— Mittwoch 20 Uhr im „Roten Löwen“ Probe zur Gründungsfest. Buntliches Erscheinen ist Pflicht.  
Sonstige Organisationen.  
Breslau  
— Gruppe sozialistischer Schüler. Donnerstag 20 Uhr Margaretenstraße, Lauensteinstraße 82. Vortrag des Genossen Studentrat Reichmann über „Revolution und Schule“. Güte willkommen.  
Freizeits. Mittwoch 19.30 Uhr im Jugendheim (Metallarbeiterbüro) Metallarbeiterjugendversammlung. Alle Jugendfreunde müssen erscheinen.

## Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Donnerstag, den 14. u. Freitag, 15. Nov.

Buster Keaton: Wasser hat Balken  
Das schallende Amerika

Trickzeichnungen  
Die Wasserversorgung von Berlin

Jugend hat Zutritt!

Erwerbslose und Kinder bis 5.30 Uhr 25 Pf.



# Waldenburger Bergland

## Massen heraus Wählt Kommunisten!

Bis zum 16. November finden im Unterbezirk Waldenburg öffentliche Versammlungen an folgenden Tagen und in folgenden Orten statt:

### Mittwoch, 13. November

Neu-Salsbrunn: 19.30 Uhr, Lokal „Deutscher Frieden“. Ref. Josef Malzer.  
Dittersbach: 19 Uhr, Lokal „Tiefbau“. Ref. Richard Schulz.  
Friedland: 20 Uhr, Lokal „Sonne“. Ref. Karl Honisch.

### Donnerstag, 14. November

Althain: 19 Uhr bei Geisler. Referent Richard Schulz.  
Alwasser: 19.30 Uhr, „Weißer Roß“. Referent Josef Malzer.  
Friedland: 20 Uhr im „Weißer Roß“. Ref. Gen. August Ullrich.

### Freitag, 15. November

Waldenburg: 19 Uhr, „Stadtbrauerei“. Referent Genosse Fritz Franz.  
Nieder-Hermsdorf: 19.30 Uhr, „Friedenshoffnung“. Referent Richard Schulz.  
Weißstein: 19.30 Uhr, „Deutsches Haus“. Ref. Karl Honisch.  
Bärengrund: 19 Uhr bei Jakob. Referent Karl Becker.  
Nieder-Salsbrunn: 19.30 Uhr, „Anker“. Referent Fritz Franz.  
Kunzdorf: 19 Uhr, Witwers Gasthaus. Ref. Adolf Franz.

### Sonnabend, 16. November

Neurode: 19 Uhr, „Weißer Adler“. Ref. Richard Schulz.  
Rothenbach: 20 Uhr, Lokal wird noch bekanntgegeben. Referent Fritz Franz.  
Gottesberg: 19 Uhr, „Schwarzer Roß“. Ref. Josef Malzer.  
Seitendorf: 19 Uhr bei Volke. Referent Genosse Fritz Franz.

## Aron begeht Selbstmord

Der seit einigen Wochen flüchtige Berliner Notar und Rechtsanwalt Aron wurde mit seiner Frau in einem Gasthaus in Konstantinopel tot aufgefunden. Man nimmt an, daß es sich um Selbstmord handelt.

### An alle Zellen und Ortsgruppen des Unterbezirks Waldenburg

Wir weisen schon heute darauf hin, daß am Mittwoch, dem 20. November (Bürgertag), vormittags, eine allgemeine große Funktionärskonferenz für den ganzen Unterbezirk stattfindet. Dasselbe werden die Lehren der Wahlen, Lohnfragen im Bergbau sowie Gewerkschaftsfragen besprochen werden. Genossen, unsere Arbeit hört mit der Beendigung des Wahllampes nicht auf. Deshalb rüffel schon jetzt zu dieser Konferenz! Unterbezirksleitung Waldenburg.

# Niederschlesien

## Görlitzer Magistrat lehnt Beratung über Winterbeihilfe ab

Der Rechtsanspruch des Stadtrats Nagel auf seine „Lantieme“

Im Haushaltsplan der Stadt Görlitz ist eine Summe eingelegt für eine Winterbeihilfe an die minderbemittelte Bevölkerung. In der letzten Stadtverordnetenversammlung forderten die Kommunisten mit Rücksicht auf die gesteigerte Notlage der minderbemittelten Bevölkerung in den nächsten Tagen eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung einzuberufen, in der über die Durchführung der Winterbeihilfe beraten werden sollte. Der Oberbürgermeister erklärte, daß die eingelegten Mittel ausreichen, um dieselben Sätze wie im Vorjahre zu verteilen. Nun, diese Sätze waren so niedrig, daß die Kommunisten damals eine Erhöhung beantragten. Dafür waren natürlich keine Gelder vorhanden.

Von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten wurde der Antrag niedergestimmt.

Von dieser selben Einheitsfront wurden aber einem einzigen Menschen Stimmen bewilligt, die in die Lantieme gehen. Es handelt sich um den Deputierten der künftigen Betriebswerke, den Stadtrat Dr. Nagel. Da man nicht wußte, in welcher Form man ihm sein Gehalt erhöhen sollte, ohne gegen die Beibehaltung der Ordnung zu verstoßen, kam man auf eine einfache Lösung.

Man bewilligte ihm eine prozentuale Beteiligung an dem Reingewinn des Gas- und Elektrizitätswerkes.

Die Kommunisten forderten in der letzten Stadtverordnetenversammlung, mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Stadt, daß dieser Beschluß aufgehoben wird. Oberbürgermeister Dr. Wiesner erklärte: „Auf diese Lantieme hat Stadtrat Nagel einen „Rechtsanspruch“. Der Erwerbslosen ist auch immer erklärt worden, sie hätten einen Rechtsanspruch auf ihre Unterstützung. Die Arbeiterschaft hat gesehen, wie die bürgerlichen Parteien, einschließlich der Sozialdemokraten, über diesen „Rechtsanspruch“ denken, anlässlich der Verschlechterungen des Erwerbslosenerwerbsgesetzes durch den Reichstag. Gleiches Recht für alle! Blag nicht, wenn es sich um Erwerbslose und Stadträte handelt. So war es auch vor einigen Jahren, als die Kommunisten beantragten, einer Reihe von Erwerbslosen die Gesamtsumme von 150 (einhundertfünfzig) Mark zu erlassen, die sie an die Stadt zurückzahlen sollten, weil ihnen dieselbe für ihre Kinder zur Schulaufstellung das Geld gegeben hatte. Dieselbe Einheitsfront von den Nazis bis zur SPD lehnte diese „Agitations“-Forderung der Kommunisten ab. Alle Jahre steht aber im Haushaltsplan eine Summe von 200 (zweihundert) Mark für die Unterstützungslasse hilfsbedürftiger Geisler.

Jedes Jahr beantragten die Kommunisten Freisetzung dieser Summe, was jedoch von der oben genannten Einheitsfront immer abgelehnt wurde.

Alle diese Beispiele zeigen, wie auch in den Kommunen nur die Kommunisten die Interessen der Vertätigten vertreten. Das erlaubte diese arbeitserneuerliche Einheitsfront auch rechtzeitig. Und deshalb beschloß sie vor einigen Jahren eine neue Geschäftsordnung, die gegen die Kommunisten gerichtet war. Es sollte unterbunden werden, daß die Kommunisten selbst Anträge einbringen könnten. Man legte fest, daß dazu acht Unterschriften notwendig sind, ebenso bei Interpellationen. Und als zu einem Antrage, nämlich dem oben geschilderten über die 150 Mark für Schulaufstellungssachen, die Sozialdemokraten die fehlenden Unterschriften gaben, kimmten sie dann trotzdem gegen den Antrag, weil sie durch die Unterschriften zur den Kommunisten Gelegenheit geben wollten, den An-

## Freiburg

### Nur die Kommunisten vertreten eure Interessen

Von der letzten Stadtverordnetenversammlung in Freiburg geht uns folgender Bericht zu: Nachdem die Tagesordnung zehn Punkte umfaßte, wurde die Stadtverordnetenversammlung in zwei Stunden erledigt. Beim ersten Punkt gab der Vorsteher die Feststellung bekannt über die verteuerten Vergabeungen bei Zementarbeiten. Die Nachprüfung ergab, daß das nicht zutrifft. Die Gebührenhöhe bei der Fällabfuhr von 150 Mark pro Faß sollte die V. V. nicht annehmen. Der Vertreter der Hausbesitzer wollte sogar die Abfuhr selbst in eigene Regie nehmen. Schließlich stimmte die V. V. doch zu. Die kommunistische Fraktion stimmte nicht zu. Beim Bebauungsplan zwischen Ziegeln und Schmelzener Straße waren die zwei Einsprüche zurückgezogen worden. Zur Bedeckung der Gruben im Bürgerhospital war ein Anschlag von 700 Mark vom Bauamt gemacht worden, was

## Prachteremplar von SPD-Knappschafftsälteste

SPD-Seibel in Gottesberg sorgt für Bekräftigung seiner Arbeitskollegen!

A. R. In den Jahren 1927 und 1928 war unser Genosse Schaffer in Gottesberg gezwungen, längere Zeit krankzusehern. Er wurde dabei öfters bei der Knappschafft denunziert, daß er seine Ausgabzeit überschritten habe. Von der Knappschafft wurde ihm deswegen eine Strafe von sechs Mark von dem ohnehin fargen Krankengeld abgezogen. Da Schaffer nicht gewillt war, sich dies ohne weiteres gefallen zu lassen, da er von dem Krankenkassier immer zu Hause angetroffen wurde, legte er Beschwerde bei der Niederschlesischen Knappschafft ein. Diese verurteilte ihn von Monat zu Monat. Nachdem nun bereits ein Jahr vergangen war, forderte Schaffer ganz energisch seine einbehaltenen Strafe zurück. Nach vielen Wochen wurde ihm dann von der Knappschafft mitgeteilt, daß seine Strafe auf Grund von Zeugnisaussagen bestehen bleibe. Gegen diesen Bescheid legte Schaffer beim Oberversicherungsamt Breslau Berufung ein und beantragte gerichtliche Entscheidung. Das Oberversicherungsamt sah sich nun genötigt, der Berufung stattzugeben und die „Zeugen“ preiszugeben. Und siehe da, es stellte sich heraus, daß der

sozialdemokratische Knappschafftsälteste Seibel, nebenbei Mitglied des Reichsjäger-Kommandos „Mädelot“, in einer Front mit dem Hausbesitzer Putschler sowie dem Maschinenführer der „Zeugen“ waren. Seibel ist von den Kommunisten gewählt, um bei der Knappschafft die Interessen der Kassennmitglieder wahrzunehmen. Pflicht des Seibel wäre es gewesen, falls Klagen einließen, Schaffer davon in Kenntnis zu setzen, und nicht so zu handeln, wie er es getan hat. Er wäre wert, auf die Liste der SPD an aussichtsreiche Stelle gestellt zu werden. Er hat indessen seinen wohlverdienten Fußtritt erhalten, indem er bei der letzten Knappschafftswahl weniger Stimmen auf sich vereinigen konnte

als sein Gegenkandidat. Daß Putschler an der Beipfählung beteiligt war, war von vornherein klar, da dieser schon seit Jahren, infolge eines Streites über die Mietenhöhe, feindselig gegen Schaffer gesinnt ist.

Wie nun das Urteil des Oberversicherungsamtes lauten wird, darf man gespannt sein. Wir werden später darüber berichten.

## Kommunistische Wahlversammlungen

### Liegnitz

Freitag, den 15. November, um 20 Uhr, im „Wintergarten“. Referent Genosse ~~...~~ — Partei und Arbeiterwehr tritt um 19 Uhr am Friedrichsplatz an.

### Strehlen

Donnerstag, 14. November, um 20 Uhr, bei Wende („Stadt Breslau“). Referent Genosse Wollweber.

### Jauer

Freitag, den 15. November, im „Grünen Baum“.

### Glogau

Kommenden Freitag 19.30 Uhr öffentliche Kundgebung am Dominikanerplatz. Referent: Reichstagsabgeordneter Ottomar Geschke-Berlin. Antreten 18.30 Uhr Domfreiheit zur Demonstration.

Dummen zu fischen, denn das Hochwasser steht ihnen bis an den Kragen. Wir hoffen, daß die Saganer Arbeiter am 17. November sich bei jenen „Vertretern“ bedanken und ihnen die richtige Antwort durch die Wahl der kommunistischen Partei erteilen werden.

Es sind jetzt bereits mehrere Firmen in Sagan, die ihren Arbeitern den Lohn nur vorstüchweise zahlen. Dazu gehören die Firma Fischbach (Spekulationsgeschäft) sowie die Firma Wagner (Ziegelei) und Porzellan-Fabrik. Herr Klose als Besitzer der Firma Fischbach entließ dieser Tage fruchtlos den Ruffler Plozka, der sich jahrelang in Dred und Sped für die Firma ausbeutete ließ. Wenn der Mohr seine Schuldigkeit getan hat, kann er gehen. Arbeiter, wehrt euch gegen diese Unternehmerwillkür.

## Liegnitz

### Die bösen, bösen Kommunisten

Die gestrige Abendausgabe der „Schlesischen Zeitung“ meldet zornbeobend unter der Ueberschrift:

„Kommunisten beschädigen ein Denkmal. Kommunisten haben in der Nacht zu heute in unerhörter Weise gehandelt. Das erst kürzlich eingeweihte wertvolle Barockdenkmal der Schlesischen Landwehr ist auf der ganzen Vorderseite mit roter Leinwand bedeckt und mit der Aufschrift „Rot Front“ versehen worden. Das teure Denkmal dürfte kaum wiederherzustellen sein. Auch sonst wurden sämtliche öffentlichen Gebäude mit roter Anilinfarbe bemalt. Am Gebäude der Kriminalpolizei wurde eine Aufschrift „Sieg Sagan über den Roten Frontkämpferbund“ angebracht. Die Polizei ist eifrig mit der Ermittlung der Schmutzfinken beschäftigt. Auch die Verlagsgebäude zweier Liegnitzer Tageszeitungen sind in unerhörter Weise beschädigt worden.“

Entsetzlich dieses Treiben der dreimal verurteilten Kommunisten. Man stelle sich vor, was das heißt, der Polizei die Gausleitung des verbotenen, des toten, töteren, am tötesten Roten Frontkämpferbundes zu übertragen. Na, hoffen wir, daß sie sich auf ihrem neuesten Aufgabengebiet bewährt.

### Schulmädchen vergewaltigt

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte das Große Schöffengericht am Dienstag gegen den verheirateten 40-jährigen Uhrmacher Erhard Grün. Er hatte sich zwei neun- und elfjährigen Mädchen, die er zuerst durch sexuelle Zeichnungen beeinflusst hatte, gegenüber schwere Verfehlungen zuschulden kommen lassen. Das Gericht erkannte auf ein Jahr drei Monate Gefängnis.

## Glogau

Das Glend der „Ausgestoßenen“. In einer Gastwirtschaft suchten sich der Leiermann Karl Mübil und seine Frau, aus Hertwigswaldau, mit Leuchtgas zu vergiften. Beide wurden ins Krankenhaus eingeliefert.

Glogau kauft 3000 Morgen Forst. Die städtischen Körperschaften haben den Kauf des 3000 Morgen großen Forstbesitzes des „Grafen“ Schlabrendorf beschlossen. Der Kaufpreis beträgt 711 000 Mark, eine gewiß nicht geringe Summe.

## Aus dem Riesengebirge

Am 6. Dezember Verhandlung gegen Stolberg  
Der Leinwand in der Straßstraße gegen Christian zu Stolberg findet vor dem Erweiterten Schöffengericht am 6. Dezember statt. Die Anklage lautet bekanntlich nur auf fahrlässige Tötung. Für die Verhandlung sind drei Tage in Aussicht genommen. Es sind 41 Zeugen und mehrere Sachverständige geladen. Der Angeklagte wird seit Tötung von den Rechtsanwälten Dr. Kufche in Girschberg und Dr. Feit (Leinwand (einem Oberförster!) in Göttingen)

## Wähler heraus!

Donnerstag, 20 Uhr, im Konzerthaus

## Oeffentl. Wahlversammlung

Reichstagsabgeordneter Gen. Geschke-Berlin und Stadtverordneter und Spitzenkandidat Gen. Ullrich-Görlitz sprechen über

## Kommunalwahlen und Arbeiterschaft

Werktätige, erscheint zahlreich!

## Berbenmzüge der Partei und Arbeiterwehr

Donnerstag: Antreten 18.30 Uhr Dresdner Platz. Freitag: Antreten Dresdner Platz 18.30 Uhr. Sonnabend: Antreten Nikolaitraben 18.30 Uhr.

Achtung! Freitag nach Beendigung des Berbenmzuges kombinierte Versammlung im „Felsenkeller“. Alle Parteigenossen und Sympathisierenden müssen erscheinen!

## Grünberg

Erwerbslosenversammlung in Grünberg  
Donnerstag 17 Uhr im „Goldenen Frieden“ Erwerbslosenversammlung. Kein Erwerbsloser darf fehlen. Folgt dem Rufe unseres Ausschusses.

## Sagan

### An die Saganer werktätige Bevölkerung!

Durch Lügen, Phrasen und Versprechungen und mit Hilfe der Polizei will man der kommunistischen Partei auch in Sagan zu Leibe gehen. Man leitet eine „Ermittlung“ ein über den Vertrieb der „Arbeiter-Zeitung“ bei der Wahlpropagandaarbeit, die jüngst stattfand, und regt sich auf, daß die Kommunisten am „geheiligsten“ Sonntag Zeitungen verkauft haben. Aber unsere Gegner werden keinen großen Erfolg dabei zu verbuchen haben. Denn wer auf Gramat heißt, verliert die Zähne. Ueber die Nazis wurde uns mitgeteilt, daß sie vom Parteileiter Anweisungen bekommen haben, keine gegnerischen Versammlungen zu besuchen. Man hat Angst, daß hier und da ein Schuß zum Bewußtsein kommen kann. Die SPD hält sich in Schweigen und medert nur von hinten herum. Ihre „Blätter“ haben sich in die Mitte vertreten und dabei, um die



# Oberschlesien Stahlhelm und Insurgentenführer Hand in Hand

Eine interessante Paarung zwischen Stahlhelm und ehemaligem Insurgentenführer wird uns vom Genossen Jadašch mitgeteilt:

Der neue Direktor der Hohenjollergrube, Dr. Lange, hat sich seinerzeit hervorragend bei den Insurgenten betätigt. Unter anderem hat er, wie durch eideschwurähnliche Erklärungen von Zeugen festgestellt ist, Ansprachen an „Kriegsreiche“ Insurgententruppen gehalten und den „Gründungs“, die Germanen, in Grund und Boden verherrlicht. Diese Taten scheinen aber für den echt nationalen deutschen Stahlhelm und seinen Führer, Altkorpsführer Seidte, der Beweismittel zu sein, daß Dr. Lange mit solchen Fähigkeiten sehr gut Mittel und Führer des Stahlhelms sein kann.

Am 29. September 1929 hat Dr. Lange, wie uns mitgeteilt wird, an einer Führerversammlung des Stahlhelms in Auesenfeld von Seidte im „Kaiserhof“ zu Beuthen teilgenommen. Doch

dies ist noch nicht alles. Dr. Lange, der polnischer Staatsangehöriger ist und sich um die deutsche Staatsangehörigkeit bemüht, hat auch versucht, sich in die Volksbegehrenlisten gegen den Young-Plan einzutragen.

Die Krone aber sollte aller Stahlhelmbemagter dadurch angefeuert werden, daß Dr. Lange als sogenannter Ausländer auf der deutschnationalen Gemeindevorstandswahl in der Gemeinde Schöberg figurieren sollte und sein Vorschlag auch bei der Gemeinde eingegangen sein soll.

Diese uns mitgeteilten Tatsachen beleuchten sichtlich die Verlogenheit des Stahlhelms und der Deutschnationalen samt ihrer Führerschaft. Seidte, der Stahlhelmführer, in trauter Freundschaft mit einem ehemaligen Insurgentenführer. Und solche Leute wollen die Stimmen proletarischer Wähler ergattern.

Arbeiter, gebt ihnen die Antwort. Zerlegt den Faschismus! Am 17. November aber wählt Liste 3, kommunistische Partei!

## Wohnungs-„fürsorge“ des Hindenburg Magistrats

Große Mißstände in den neuen Häusern an der Pfarrstraße

Der Hindenburg Magistat unter Führung des sozialdemokratischen Bürgermeisters Franz und des zentralistischen Stadtbaurats Wolf, bekannt als Verklammerer für den arbeitserfindlichen Modus im Stadtparlament, von den Deutschnationalen bis zu den SPD'ern, zu den bevorstehenden Kommunalwahlen, ist drauf und dran, die neubauten städtischen Wohnungen an der Pfarrstraße als „Musterwohnungen“ anzustellen, während in der Tat dieser „Musterwohnungsbaun“ große Mängel und Mißstände aufweist: In Oberschlesien, wo die Kirche einen ungeheuren Einfluß unter der weitläufigen Bevölkerung besitzt, ist der „Gottesdiener“ in den Arbeiterfamilien, in der Pindbergsch, sehr reichlich. Darum mühten die Arbeiter gesunde und geräumige Wohnungen haben. Weit gefehlt! Der Förderung der Kommunisten, geräumige und billige Wohnungen zu bauen, um den Heub der Proletariatkrankheit, die Tuberkulose, zu bannen, entspricht die bürgerlich-sozialdemokratische Stadtvorordnetenmehrheit nicht.

Das Stadtbauamt erließ an der Pfarrstraße und am Schwarzen Weg Käfige Arbeiterwohnungen. Stuben in der Größe von 10 Quadratmeter befinden sich unter den „Musterwohnungen“. Seit dem 1. November ist ein großer Teil der Wohnungen bezogen worden. Bis heute noch liegen die Proleten ohne elektrisches Licht. Die Hausgänge und Treppengänge sind gleichfalls unbeleuchtet. Das Passieren der Häuser ist mit Lebensgefahr verbunden. Um jeden Sch... dreht kümmert sich die „hohe“ Polizei, bloß nicht um einen solchen Mißstand. Man beglückte die Bewohner mit Zentralheizung, die natürlich noch nicht funktioniert. Schlimm steht es um die Säuglinge in den eiskalten Räumen.

Die Verantwortlichen des Stadtbauamts wohnen in Villen und sitzen in warmen Räumen. Proleten mögen in den feuchten und kalten Stuben kumpieren und dabei krank werden. Annähernd zwei Jahre baut man schon an den beiden Häuserblöcken, und jetzt huddelt man immer noch an den Zugangswegen. Im Garten der Villa des Stadtbaurats stellte man auf Kosten der Steuerzahler Spielgeräte für seine Kinder auf, während die Bewohner heute noch auf Klopf-

stangen warten. Nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Kreis der Mißstände.

Den Magistratsgewaltigen für zwei Villen eine halbe Million Mark — den Proleten Käfige bei horrenden Mieten.

„Feine“ Methoden des Magistrats wurden vor der Zuweisung einer Neubauwohnung angewandt. Durch Beamte ließ man die Einkommensverhältnisse der Wohnungsbewerber prüfen. Wo man glaubte, die Miete heranzubekommen, denen gab man eine Wohnung. Für Stube und Küche fordert der Magistrat 30 Mark, für Küche und zwei Stuben 40 und 50 Mark. Licht und Beheizung wird noch extra berechnet.

Die bürgerlich-sozialdemokratische Magistrats- und Stadtverordnetenmehrheit gab allein für zwei Villen, bestimmt für den Oberbürgermeister und den Stadtbaurat, bei ihren Jahresgehältern von 24 000 und 17 000 Mark, annähernd eine halbe Million Mark aus, die als Dienstwohnungen gelten. Der Stadtkämmerer Schilling bewohnt im früheren Rathaus Bischof eine Dienstwohnung von zwölf Räumen und zahlt hierfür monatlich 65 M. an Miete, während er bei seinen 17 000 Mark Gehalt 120 Mark an Wohnungsgeld monatlich erhält und somit noch 55 Mark einspart.

Diese beiden Seiten von Wohnungs- und Mietenpolitik der schwarzweißroten Parteien zeigt jedem Verlässigen das wahre Gesicht dieser „Volksvertreter“. In den bereits herausgegebenen Flugblättern machen diese Verräterpartei die alten Versprechungen auf „attraktive“ Förderung eines gesunden und billigen Wohnungsbaues.

Arbeiter, gebt diesen Salunken am 17. November die Quittung für ihren permanenten Verrat an der Arbeiterklasse! Kämpft mit den Kommunisten gegen die bürgerlich-sozialdemokratisch regierte Kommune, für die rote Kommune.

Keine Stimme am 17. November den Bourgeoispartei und Gruppen und der Sozialdemokratie als der Handlangerin und Vollstreckerin der Befehle der besitzenden Klasse, jede proletarische Stimme euer Interessenvertreterin, der SPD. auf Liste Nr. 3.

## 30 000 Überschriften

Die Arbeitsmarktlage in Oberschlesien

Für die Zeit vom 4. bis 9. November 1929 gibt die Zweigstelle Oberschlesien des Landesarbeitsamtes Schlesien folgende katastrophale Zahlen an: Arbeitsuchende 81 414 (in der Vorwoche 28 434, im Vorjahre 18 272); Hauptunterstützungsempfänger: in der Arbeitslosenversicherung 16 958 (15 145, 8227), in der Krisenfürsorge 1977 (1879, 1068); offene Stellen 119 (173, 316); Vermittlungen 1201 (1316, 1894). Die Arbeitsmarktlage gestaltete sich in der Berichtswache weiterhin ungünstiger. Die Ziffer der Arbeitsuchenden stieg wieder um 2980 Personen. Bei Notstandsarbeiten wurden 2700 (Vorwoche 2683) Personen beschäftigt. Die Zahl der infolge Ablaufs der Unterstüthungshöchstbauer Ausgesteuerten betrug 181.

Unaufhaltsam steigen die Elendsziffern an. Neue Betriebsabschlüssen stehen bevor. Das künftige Arbeitslosenheer wird immer größer. Nur etwa 50 Prozent der Erwerbslosen erhalten im Höchstfalle die Unterstützung. Die bürgerlich-sozialdemokratisch regierten Magistrate kreischen die Wohlfahrtsämter. Sollen die Arbeitslosen verrotten? Arbeitslose und Betriebsarbeiter, schmeißt die revolutionäre Einheitsfront. Unterstützt den Reichsgewerkschafts Kongress der revolutionären Opposition. Kein Ort, kein Betrieb ohne Stellungnahme dazu. Am 17. November schließt die Kampffront für ein Sowjetdeutschland gegen die Hungerrepublik und wählt Kommunisten auf Liste 3.

## Gleiwitz

Die ehemaligen Schupos fragen!

Wie wir vorige Woche schon berichteten, fand am 3. d. M. eine stürmische Versammlung der ehemaligen Schupobolizeibeamten statt. Die Versammlung stellte folgende Fragen an das Polizeipräsidium, die wir hier veröffentlichen, damit auch die breite Öffentlichkeit leben kann, was hinter den Kulissen dieser Gummitüppelbehörde vorgeht.

Auf die Antwort sind wir gespannt!

Aber auch den heute noch auf Befehl der reaktionären Offiziere und auf Anweisung sozialdemokratischer Polizeipräsidien die Arbeiter massakrierenden Schupos soll damit vor Augen geführt werden, was sie nach getaner Schuldigkeit erwartet.

Warum wurde der ehemalige Oberwachmeister Ernst un-schuldig wegen Urkundenfälschung angeklagt?

Warum wurde Major v. Ofen, der unberechtigt Rindergelber bezog, nicht angeklagt, desgleichen die Offiziere, welche in der Polizeiaufklärung das Lied „Wir brauchen keine Judenrepublik“ sangen, wogegen Zivilpersonen dafür mit Gefängnis bestraft werden?

Warum werden die Offiziere, welche mit strafbaren Mitteln die Entlassung der Unterbeamten Drosel, Rehlisch pp. herbeiführten sowie Reg. Rat Spitz in Angelegenheit Wöhning nicht unter die Kullage gefaßt?

Warum prüft das hiesige Kommando die ungerechten Entlassungen nicht unparteiisch nach und schenkt nur den Offizieren Glauben, da doch diese Entlassungen herbeiführen und parteiisch handeln?

Warum wird die ehemalige polnische Staatsangehörige Frau Ratfcher, Polizeiamt Beuthen, nicht entlassen und ein dienstbeschädigter Beamter eingestellt? Frau Ratfcher wurde von der Regierung Opatow erst mit der Einföhrung abgewiesen, der Aufenthalt ihr verlängert, und nun ist sie eingebürgert. Dienstbeschädigte Beamte haben sich um deren Posten beworben und nicht erhalten. Wie kommt dies?

Warum wurde gegen Hauptmann Ryzera, als er in animerem Zustande die Straßenbeleuchtung der Raudener Straße auslöschte, kein Disziplinarverfahren eingeleitet, während Unterbeamte in derartigen Fällen vom Dienst enthoben und striflos entlassen werden?

## Hindenburg

Der „Kulturbund des Offens“ als Ausbeuter

Einige wildgewordene Spießer haben unter der Firma „Kulturbund des Offens“, angeschlossen der Liga für Menschenrechte“, zu den Kommunalwahlen eine eigene Liste aufgestellt. Auf dieser Liste kandidieren die Herren Kretschma und Hajol. Allerdings sind wir ja von den beiden schon gewöhnt. Daß sie aber die Menschenrechte mit Füßen treten, das ist doch zu stark. Nachstehende Tatsache zeigt das wahre Gesicht dieser „Menschenrechtler“.

Batel Kretschma, der Admiralspalastheld, hat gegenwärtig eine andere Aneipe, „Menges Hotel“. Bei ihm ist u. a. ein Mädchen beschäftigt, das sage und schreibe 2,50 Mark täglich verdient. Essen erhält das Mädchen nicht, obwohl das soust in allen Gasthäusern üblich ist. Zum Batel Kretschma kommen auch manchmal Gäste, die ohne zu bezahlen abhauen. Das Mädchen muß dann von seinem Hungerlohn diese Jachen bezahlen.

Diese Zustände konnte das Mädchen nicht mehr länger ertragen. Sie ging zu dem zweiten „Menschenrechtler“, dem Uhrmacher Hajol, um sich zu beschweren. Da kam sie aber schon an Herr Hajol sagte ihr:

„Sie sollen froh sein, daß sie für 2,50 Mark arbeiten können. Ich kenne das aber schon, Sie wollen lieber Kumpeln gehen.“

Offener brauchen sich diese Kerle, die Menschenrechte zu ver-treten vorgeben, nicht mehr zeigen. Arbeiter, gebt diesen „Menschenrechtler“ am Sonntag einen Tritt und nicht eure Stimme. Wählt am 17. nur die Liste 3, die kommunistische Partei!

## Beuthen

Sangweilige Polizei

Wir berid... am 4. Oktober und schon einige Wochen vorher von einem Munitionslager auf einem Grundstüd in der Nähe des Schlachthofes. Nach fünf Wochen sah die Polizeipräsidium

## Oeffentliche Wahlversammlungen!

Die Kommunistische Partei veranstaltet folgende öffentliche Wahlversammlungen:  
Mittwoch, den 13. November, in Mikultschütz.  
Donnerstag, den 14. November, in Ziegenhals.  
Freitag, den 15. November, in Cosel.  
Sonabend, den 16. November, in Ratibor.  
In sämtlichen Veranstaltungen spricht der Genosse Reichstagsabgeordnete Anton Jadašch.

benötigt, uns mitzutellen, daß die Polizei „schon“ den Befehl des Granatenlagers ermittelt und die „angeordneten Maßnahmen“ durchgeführt hat.

Dazu möchten wir erstens bemerken, daß die Polizei sehr lange Zeit benötigt hat, um das zu bewerkstelligen. Zum zweiten aber möchten wir fragen: Was wurde gegen den Befehl des Munitionslagers unternommen?

Wenn bei einem Arbeiter nur einige Patronen gefunden werden, ist die Polizei stets schneller und hätte auch veranlaßt, daß der Arbeiter der Massenjustiz ausgeliefert worden wäre. Warum ist hier nicht so vorgegangen worden? Wir behaupten, daß die Polizei mit den faschistischen Munitions- und Waffenlagerbesitzern Hand in Hand arbeitet.

## Die Erwerbslosen zur SPD.

A. R. Am Sonnabend fand bei Pawlitzky wieder eine gut besuchte Versammlung der Erwerbslosen statt. Zu dieser Versammlung waren von den Erwerbslosen der Magistrat und die Stadtverordneten eingeladen. Wie üblich, wollten diese Herrschaften von dem Elend der Erwerbslosen nichts wissen, und sie drückten sich selbe. Bedinglich die kommunistischen Stadtverordneten sind erschienen. Das Referat hielt der Genosse Stadtverordnete Trjymalla. In der Diskussion sprach ein parteiloser Kollege A., der die Ausführungen unterbreich und ebenfalls den Kollegen sagte, daß nur durch den entschlossenen revolutionären Kampf den Erwerbslosen geholfen werden kann. Und diesen Kampf führt nur die SPD. Als Vertreter des Betriebes sprach Genosse B. Schweda, der auf die Nationalisierung einging, die immer mehr Arbeiter auf die Straße wirft. Die Betriebsarbeiter und Arbeitslosen müssen deshalb eine Front bilden zum Kampf für die Lebenslage der gesamten Arbeiter-schaft.

Einmütig nahm die Versammlung folgende Ent-scheidung an:

Die heutige Versammlung der Beuthener Erwerbslosen erklärt, geschlossen dafür zu wirken, daß am 17. November alle Arbeits-lofen und noch im Betrieb stehenden Arbeiter nur die Liste 3 der kommunistischen Partei wählen, da nur die SPD. die Interessen aller Ausbeuteten vertritt. Die Erwerbslosen sollten sich ein-mit den noch im Betriebe stehenden Kollegen und werden sie ihre Kämpfe unterstützen und mit ihnen gemeinsam kämpfen unter Führung der SPD. Die Arbeiter müssen zur SPD. stehen, weil diese die Gewähr dafür bietet, dieses Gebilde von bürgerlichem Parlament zum Teufel zu jagen, und durch Ersetzung einer Regierung der Arbeiter und Bauern, wie sie heute in der Sowjet-union besteht, das Elend des Proletariats beseitigen wird. Deshalb wählen alle Erwerbslosen und rufen allen Arbeitern und Arbeiter-frauen zu: Wählt am 17. November Liste 3!

## Falkenberg

Wählt Liste 3. Kommunisten!

Unsere Kandidaten zum Freitag sind:

1. Georg Krusch, Schlosser, Julenthal.
2. Franz Pohl, Eisenstecher, Theresienhütte.
3. Robert Kommander, Kleinbauer, Schaderwitz.
4. Paul Paul, Maurer, Lilowitz.
5. Richard Kurz, Projektagent, Friedland.
6. Emanuel Pieske, Steinschläger, Bielsk.
7. Richard Pospiech, Arbeiter, Wilhelmshütte.
8. Johann Freuhner, Krankenpfleger, Gfote.
9. August Laqua, Maurer, Groß-Schnellendorf.

## Neustadt

Wohnungsinspektor Gruchmann a's „Menschenfreund“

In dem der Stadt-gehörigen Grundstüd „Sägwerk Grühner“ werden mehrere Kellerwohnungen von armen Familien bewohnt, während im anderen Teile des Hauses Beamte, wie Amtsgerichtsrat und Polizeibeamter, wohnen. In der letzten Woche stürzte die Decke einer Kellerwohnung ein, so daß die Wohnung polizeilich geräumt werden mußte. Die Mieter der betreffenden Wohnung sind alte gebrechliche Leute, die ihr Dasein mit 5 Mark Armengeld fristen. Selbst auferkante, die Möbel zu transportieren, suchte der alte Mann zwei Leute, die den Umzug besorgten. Diese zwei Mann waren auch Armengeldempfänger. Nach Beendigung der Arbeit stellte ihnen der vollziehende Polizeibeamte eine Bescheinigung über die Arbeitsdauer aus, mit der sich die Arbeiter wegen Bezahlung an das Wohlfahrtsamt wandten. Der Leiter des Wohlfahrtsamtes, Gruchmann, der auf der gemischten Liste mit dem pompösen Namen „Wahlgemeinschaft der Klein- und Sozialrentner und Inflationsgeschädigten“ kandidiert, lehnte Entschädigung ab mit der Aeußerung: „Wenn die Leute noch so viel Möbel haben, daß sie Räume brauchen, so können sie ja Möbel verkaufen, um die Hilfskräfte zu bezahlen.“ Kommentar überflüssig.

## Oppeln

„Der Daul des Vaterlandes“

Die Frau eines Kriegesbeschädigten schreibt uns: Mein Mann ist 90 Prozent Schwerekriegsbeschädigter. Die schmale Rente langt nicht hin und her. Mein Kind ist infolge der elenden Verhältnisse lungenkrank. Vor einiger Zeit trat in dem Gesundheitszustand des Kindes eine arge Verschlimmerung ein. Ich begab mich zur Fürsorgestelle, um einen Krankenscheln für mein Kind zu erlangen. Doch alles Bitten war vergebens. Kalt und brutal wurde ich ab-gewiesen. Als Daul, daß unser Ernährer zum Krüppel geschossen wurde, kann, weil wir von der Rente uns keinen Arzt leisten können, auch noch unser Kind elendig verrotten.

So geht es nicht nur mir, sondern Tausenden. Ein neuer Krieg wird vorbereitet. Kriegesopfer, rafft noch eure letzten Kräfte zu-sammen. Kämpft mit der kommunistischen Partei, wählt am 17. November nur die Liste 3.

## Versammlungskalender

Oppeln. Achtung, Zelle Stadt und Vorstadt! Mittwoch, den 13. November, um 19.30 Uhr, im alten Schützenhaus kombinierte Massenversammlung. Einhalten aller Genossen! Opatow. Frauenversammlung, Freitag, den 15. November, um 19.30 Uhr, im alten Schützenhaus.



**Ihre Einkäufe** Gut und billig nur im

**KAUFHAUS ZUM STRAUSS**

RUDOLPH KARSADYBANG • GÖRLITZ 11043

Carl Dabritzsch, vorm. G. Gellert  
Obermarkt 34, am Schwibbogen  
Herrn-, Weib-, Knaben-, Kinderbekleidung  
u. a. Modest. Wäsche-Sticker-Verarbeit. 11484

Sprechapparate / Musikkassettplatten  
der führenden Weltmarken  
Bela / Columbia / Odeon / Parlophon  
Bequeme Teilzahlung  
Görlitzer Musikalon, Demianiplatz 88 11489

Bei Teilzahlung  
Wandregale für Herren, Damen und Kinder  
Manufaktur- und Feinwaren  
Möbel / Holzwaren  
H. Brückner, Saldittstraße 8, hinteres  
Geogr. 1905 11483

Kauft Rohlen bei  
Oskar Kliche, Obermarkt 15  
Lager: Bauener Straße 88, Sattig-  
str. 18/19, Söhrestr. 10, Kränzelstr. 15 11435

**ELECTROLA**  
Musikinstrumente / Schallplatten  
Süßiges Notenheft  
H. Kottroch Nachf., A. Schreiber  
Bismarckstraße 8 11436

Holstermöbel-Stephan  
Baugener Straße 8 / Tel. 1485  
Qualitätsware auf Teilzahlung 11086

Für alle Krankentassen  
die gute Brille



Berliner Str. 3 Obermarkt 28  
Alfred König / Optiker / Görlitz 11028

Optiker Trabs, Strahburg-Passage 11  
Lieferant sämtlicher Krankentassen  
Studio auf Teilzahlung 11089

Schwarzberg Nachf., Inh. Bern. Pallas  
Obermarkt 82  
Kleidertischerei / Schuhwaren 11042

E. Fischer  
Görlitz, Demianiplatz 26  
Fabrikreste und Gelegenheitskäufe 11044

**August Holburg, Berliner Str. 21**  
(früher Arthur Petzsch) Ecke Schulstraße  
Spezialhaus für Herren- und Damen - Artikel  
Strümpfe u. Trikotagen 11052

**Görlitzer Bürgerbräu**  
in Qualität unübertroffen! 11045

**A. Klingenberg K.-G.** Elisabethstraße, Ecke Klosterstr.  
Berliner Straße, Ecke Hospitalstr.  
Vorteilhafte Bezugsquelle für Arbeiter und Beamte 11041  
Ganz besonders empfehlen wir unsere erstklassigen Röstkaffees

**Molkerei Weißbach** 11040  
Tandkronstr. 13 Filiale Jüdenstr. 3

**Wäschehaus Hermann Junge** Marienplatz 6  
gegenüber dem Dicken Turm  
Bettwäsche, Tischwäsche, Leibwäsche, Trikotagen 11037  
Strümpfe, Wollwaren, Kleider- und Wäschestoffe, Gardinen

**Görlitzer Molkerei**  
Emmerichstraße 55 11038  
Täglich Verarbeitung von ca. 16000 Liter

**BERNDT** Mittelstraße 6 **Butter**  
Konsulstraße 39 **Eier** 11034  
Leipziger Str. 18 **Käse**  
Breite Straße 23

Sanitäts- und Bandagengeschäft  
**J. Erhardt**  
Hospitalstr. 43  
Lieferant sämtlicher Berufs- und  
Krankenkassen 11046

Möbel preiswert und gut  
**Möbelhaus G. Popig**  
Ruf 1829 Mittelstraße 8a 11023

**KARL ROCH**  
Solinger Stahlwaren  
Messerschmiede - Schleiferei  
Berliner Straße 56 11029

**PAUL RENNER**  
Inh.: Fritz Schäfer  
PELZE / HUTE / MÜTZEN  
Berliner Straße 45 11070

**Max Ratsch**  
Berliner Straße 21  
Kinderwagen / Korbmöbel  
Korbwaren / Metallbetten 11031

**M. Lorenz**  
Spezial-Bettengeschäft  
Salomonstraße 40 11035

**Sagan**  
Trinkt einheimische Biere  
der Brauerei Bergschloßchen A.-G. 11123

**B. Zindler, Hansa Nachf.**, Sorauer Straße Nr. 24  
Das Lebensmittelgeschäft der volkstümlichen Preise! 11443

**Eise Hoffmann** Stadtwiese 2, Nähe der Post  
Damen-, Herren- u. Kinderwäsche 11440

**Fritz Skupin, Ring 35**  
Herren- u. Knabenbekleidung 11462

**F. Rollmann, Markt 24**  
Inh. R. Kottitz / Telefon 375  
Uhren, Gold- u. Silberwaren, Optik 11441

Brauerei „Tisch“  
H. Baudach  
Korn- und Getreide-  
Verarbeitung 11444

H. Hoffmann, Replerstraße 53  
Depilation -:-: Rasierapparat 11438

Carl Huger, Replerstraße 20  
Wäsche / Bettwäsche 11439

Reiswaren Georg Alzer  
Hofendacher Straße 12 11445

Gehr. Rendorff, Replerstraße 54  
Stannopone, Schallplatt., Musikinstrumente  
Nach- und Reparaturarbeiten 11437

**Liegnitz**  
S. H. R. LAM  
Ring 48, am Fischmarkt  
Parterre und 1. Etage  
Herren- und Knabenbekleidung  
Herrenartikel 11826

Sprechapparate  
Schallplatten  
Max Brückner  
Haynauer Straße 6 11825

Schuhreparatur  
Größter elektrischer Betrieb  
H. Swintziemiß, Burgstraße 60 11824

**Glogau**  
Referiert  
Schneider, Fandensstr. 4  
Schuhwaren  
Pantoffeln 11408

Uhren, Goldwaren  
Optik  
D. Kunzendorf  
Markt, Sandstr. 10 11400

H. Klant, Polnische Straße 30  
Haus- und Küchengeräte  
Bau- und Möbel-Beschläge 11898

Anebel, Preussische Straße 4  
Uhren - Goldwaren - Optik 11899

Alfred Jensen  
Mühlstraße, Ecke Mohrenstraße  
Taschenhüte - Tamentonselktion 11401

E. Brachvogel, Inh. W. Fritzen  
Herren- und Knaben-Kleidung  
Berufsbekleidung 11404

H. Fiebig, und Wurstwaren  
empfehlen  
Simon Volber, Kupfer-Gartenstr. 6 11405

Emil Winkler  
Lange Straße 21  
Kolonial- und Tabakwaren 11409

Edw. Gendler / Mohlfabrikant  
H. Wurstwaren / Fleischwaren  
Lange Straße 85 und Gröbnerstraße 11407

W. Debert & Co., Lange Straße 23  
Sargmagazin  
Beerdigung / Feuerbestattung 11408

**Lauban**  
Anton Ritz, Nikolaistraße 23  
Mühlenturbinen  
Kleinfabrik / Kolonialwaren 11817

G. Meiß, früher Prog  
Markt 20  
Arbeitsbekleidung, Weiß- und  
Wollwaren, Bettfedern 11819

M. Liebermann, Weberstraße 5  
Weiß- u. billige Bezugsquelle am Platz 11820

**Sprottau**  
Mag. Anwarth  
Schuhwarenhaus, Neustraße 31 11821

Karl Gerkenberger  
Herrenartikel gut und billig  
Rosenstraße Nr. 5, Ecke Neustraße 11822

**Greiffenberg**  
Willy Körner, Pirchstraße 13  
H. Fleisch- und Wurstwaren 11084

Referiert Nr. 1 11065

Ranhard J. Gutmann / Kirchstraße 8  
Tamentonselktion, Kleiderstoffe  
Weiß- und Wollwaren 11066

Walter Mummert, Kirchstraße 12  
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei 11067

Walters Gasthaus, Laubauer Straße 34  
Treff der Arbeiterschaft 11068

Schuhhaus Büßke  
Laubauer Straße 54 11069

Das Foh, Reichberger Straße 60  
Weiß- und Wollwaren  
Sämtliche Herrenartikel 11070

Carl Miesch, Reichberger Straße 54  
Wollwaren / Hüte / Mützen  
Einlauf von sämtlichen toden Stellen 11071

Karl Schell  
Konfektion und Wollwarenherstellung  
Ring 36 11072

**Hausfrauen-Leier**  
der „Arbeiter-Zeitung“  
benutzen bei ihren Einkäufen  
nur die Geschäfte der  
**Inserenten!**

**Ernst Th. Franke** 11431  
Nachf.  
Kolonialwaren u.  
Weinhandlung  
Niederstraße 88

**Fritz Stahn** 11146  
Optiker  
Breite Straße 75  
Liefer. sämtl. Krankenkaas.

Brot- 11181  
u. Weissbäckerei  
**Paul Bothe**  
Brötmarkt 6

Musikinstrumente  
jeglicher Art  
Sprechapparate  
Platten 11144  
**Erwin Goldmann**  
Musikhaus, Breitestr. 78

Dresdner 11147  
Spezial-Bäckerei  
empfehlen sich  
G. Spieler, Breite Str. 24

Kolonialwaren  
Zahntwaren  
**M. ECKERT**  
Breite Str. 82 11148

Feinbäckerei  
empfehlen  
**Reinhard Holinski**  
Holzmarktstr. 20 11430

**Paul Wagner**  
Breite Straße 22  
Werkzeuge  
Eisen-Kurzwaren 11145

Brot- und Feinbäckerei  
empfehlen  
**Fritz Schaefer**  
Burgstr. 18 11138

H. Fleisch- und  
Wurstwaren  
**G. Walter**  
Niederstr. 43 11089

Woydts 11140  
Lebensmittelhalle  
Zigarren, Zigaretten  
Ochsenbierdort. Str. 45

Trinkt die  
wohlbekömmlichen  
**Grünberger**  
Bergschloß-Biere 11141

**W. Grau** Damen-Konfektion  
Aussteuer-Waren  
Kleiderstoffe  
preiswert u. gut 11139

**Paul Sander**  
Niederthor, Ecke Bahnhofstr.  
Gardinen, Bettstellen, Lederwaren 11088

Installationen, Apparate  
Beleuchtungskörper  
Elektrowirtschaft G.m.b.H.  
Krautstr. 9, Breitestr. 24 11135

**Bunzlau**  
Leinwand  
**Heinrich Hammerla**  
Leinen- und Baumwollwaren  
Kleiderstoffe / Wäsche / Trikotagen 11310

Sortimentshaus  
**Theophil Rosenthal** 11311

Trinkt Milch  
der  
**Bunzlauer Lehrmolkerei** 11312

Schäfer & Sohn  
Büch- und Musikinstrumentenfabrik  
Schindlergasse 11313

Erst Ritz, Oberstraße 19  
Schuhwaren  
Nach- und Reparaturwerkstatt 11319

H. Grundmann  
Gnadenberger Straße 52  
Fleisch- und Wurstwaren 11314

H. Kranz, Nikolaistraße 5  
Küchengeräte / Spielwaren 11316

**Stuhrmann, Ring 21/22**  
Das Haus für Herren- und Knabenbekleidung  
Spez. Abt. Berufsbekleidung für alle Berufe 11854

Manufaktur-, Weiß- und Wollwaren  
Aug. Gierth  
Breite Straße Nr. 1 11856

Schwarze / Nevaritäten  
Carl Weller, Breite Straße 42  
Eingang Schützenstraße 11857

Rittmann & Riedel, Postplatz 15a  
Kleider-, Bekleidungs- und Schuhwaren  
Kleiderwagen, Metallbestellen 11861

**Fritz Grätz**  
Herrnstr. 8  
Kolonialwaren  
Zigarren, Zigaretten  
Franz Schellbauer  
Gr. Bergstr. 6a 11389

**Sommerwitz**  
Das bek. Wäschehaus  
Postplatz 139 11880

Paul Mohr, Nebertorstraße 10a  
Großes Lager in Papier- und Schreibwaren  
Buchbinderei - Buchdruckerei 11429

Wollwaren / Hüte / Mützen  
Das Fiebig, Nebertorstraße 17  
Kleines Geschäft am Platz 11429

Referiert

**Runella Gold** 11114  
mit den wertvollen  
**Runella Bons**  
allein erhältlich in der  
**Runella-Butterhandlung**

B. Verlohr, Neustadtstraße 24  
Weinbergbesitzer  
Liefert reine Traubenweine eigener  
Reifezeitung - Obstweine, Fruchtstäfte 11111

Wäsche, Weiß- und Wollwaren  
Uhren - Goldwaren  
Klara Amth, Ring 28 11118

Besucht die  
**Grünberger**  
Lichtspielhäuser 11115

Carl Neumann, Bauher Straße 117  
empfehlen H. Fleisch- und Wurstwaren 11116

Leinwand G. Hermann  
57 Beckner Straße 57 11151

H. Fleisch- u. Wurstwaren  
empfehlen Otto Klose, Ring 12 11142

Josef Franz, Laubengang  
Kleiderstoffe, Tamentonselktion  
und Aussteuer-Artikel  
Stets das Beste!  
Große Auswahl! 11148

Gustav Staub, Ring 25  
Beste Bezugsquelle  
für Woll-, Weiß- und Wollwaren  
Berufsbekleidung 11149

Schmagerlatter-Sager  
Kauf & Carl, Ring 12  
Inh. S. Steffenen  
Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade, Kondensmilch 11150

**Haynau**  
Kauft bei  
**Griesche**  
Burgstr. 38 11249

Fleischer und  
Wurstfabrik  
**Walter Winkler**  
Liegnitzer Str. 6 11248

Jedem Arbeiter sein  
**Radio**  
auf bequeme Teilzahlung  
bei  
**Max Laws**  
Bahnhofstraße 11 11251

Holstermöbel, Lederwaren  
Karl Kranz, Kleine Burgstr., Ecke Bergstr. 11250

Minnenhaus Haynau  
Ring 62 -:-: Telefon 456 11251

Theodor Ring, Ring 80  
Kleider- und Konfektionswaren 11252

Zigarrenhaus Eise Gierth  
Liegnitzer Straße 42 11245

Herr. Neumann, Liegnitzer Straße 63  
Woll-, Weiß- und Kurzwaren 11246

Hüte / Mützen / Wollwaren  
Otto Schellhuber, Liegnitzer Straße 60 11247